ZECK
das info aus der flora
Zeck Nr. 112 - Januar 2003

Die Regierung stürzen!



Inhaltsangabe:

Vorwort

Neues Jahr, neues Glück!

Mehrere Monate musstet Ihr und auch wir auf die ZECK verzichten, da die personelle und finanzielle Situation des Projektes den verantwortungsvollen Umgang mit diesem öffentlichen Medium nicht mehr zugelassen hatte.

Zuletzt bestand die redaktionelle Arbeit eher aus einer fortwährenden Mängelverwaltung, die auch zu gravierenden politischen Fehlern geführt hat (vgl. Flugblatt „Eine vernichtende Selbstkritik"). Seit wir das Erscheinen der ZECK vorläufig eingestellt haben, hat sich jedoch einiges getan: das wichtigste Ergebnis der konkreten Überlegungen und Diskussionen über dieses Projekt ist: es wird weiterhin ein sich als autonomes und linksradikal verstehendes Zeitungsprojekt ZECK geben! Die personelle Besetzung der Redaktion hat sich dabei einschneidend verändert, ein neuer Zusammenschluss hat die Redaktion übernommen! Dies ist ein Ergebnis aus gemeinsamen Diskussionen mit „Neuen" und „Alten".

Eines der Probleme, nämlich die Sicherung der finanziellen Grundlage, ist nach wie vor nicht endgültig gelöst. Da die ZECK auch in Zukunft kostenfrei vertrieben werden soll, finanziert sich das ganze aus Anzeigen und Spenden, von denen es bisher immer nur zu wenige gab. Zum einen bedeutet das, dass in Zukunft mehr regelmäßige Spenden und Anzeigen gebraucht werden, zum anderen haben wir uns entschlossen, von nun an zweimonatlich zu erscheinen.

Neben der finanziellen Gründe soll dieser neue Erscheinungsrhytmus die inhaltliche Qualität der Zeitung verbessern. Das betrifft Ungenauigkeiten in Berichten, wie in den letzten Ausgaben geschehen, die wir so vermeiden wollen, zudem möchten wir inhaltliche Schwerpunkte setzen. Natürlich wissen wir, dass mit dem neuen Erscheinungsrhytmus die zeitliche Nähe zu Ereignissen nicht immer gegeben ist, wir wollen jedoch das den zu sammelnden Erfahrungen überlassen, ob das eine sinnvolle Änderung ist.

Die aktuelle Situation um die Bambule zeigt, wie wichtig ein Medium wie die ZECK als innerlinkes Diskussionsforum ist, um die Berichterstattung nicht den bürgerlichen Medien zu überlassen. Bambule ist deshalb auch der thematische Schwerpunkt dieser wunderbar neuen, frischen Ausgabe. Eine Chronologie der Ereignisse und ein Interview mit einigen Bambulisten sollen dazu dienen, nun endlich mal alle auf einen möglichst aktuellen Stand zu bringen und Licht ins Dunkel der vielen Gerüchte und auch einiger immer wieder geäußerten Kritikpunkte an den Aktionen rund um die Bambule zu bringen.

Neben diesem hochaktuellen Thema findet ihr in dieser Ausgabe auch einige Texte, die vielleicht schon etwas veraltet wirken. Da wäre z.B. der Text der gruppe demontage zur leidigen FSK-Antisemitismus Debatte, der momentan etwas bezugslos anmuten mag. Wir fanden ihn jedoch so gut und wichtig, dass wir ihn trotzdem abdrucken, denn dieser Text beschäftig sich mit der Diskussions- und Auseinandersetzungs-Unkultur in dieser Debatte, was wir einen produktiveren Ansatz finden, als sich in Grabenkämpfen auf der ein oder anderen Seite auszutoben.

Zu dem von uns angekündigten bzw. gewünschten zweiten Schwerpunktthema „Camp Land in Sicht", das im August in Hamburg stattfand, erreichten uns leider kaum Zuschriften. Deshalb veröffentlichen wir hierzu nur ein paar kürzere Texte.

Wir wünschen Euch bei dieser Mixtur aus neu und alt nun viel Spass beim Lesen und hoffen auf auf reichhaltige Rückmeldungen und auch Spenden, solidarische Anzeigen oder wenigstens mal ne Flasche Sekt!

Liebe Grüsse von der ZECK-Red.

Nächste Ausgabe: März 2003

Geplantes Schwerpunktthema:
Ausreiselager (s. nachstehenden Text)

Einsendeschluss: 20. Februar (alles was danach kommt, wird für die März Ausgabe nicht mehr berücksichtigt und kann dann frühestens im Mai erscheinen - und wir machen da von nun an wirklich ernst!!!)

Im Ordner befinden sich

Was dagegen? (individuelle Kritik am Camp)

Gegen die antisemitische Normalisierung- Redebeitrag auf der Kundgebung am 25.06.2002

Zuwanderungsgesetz macht Flüchtlinge zum Objekt staatlicher Restriktionen (Text der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen)



Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag



Schwerpunkt Ausreiselager

Im Frühjahr 2003 ist die Eröffnung eines sogenannten „Einreisezentrums" in Hamburg geplant. Hier werden, im Gegensatz zu anderen Ausreisezentren und Abschiebelagern, alle Flüchtlinge von Anfang an untergebracht und bis zu ihrer erzwungenen Ausreise kaserniert. Geplanter Ort ist zur Zeit der Baakenhafen in der Nähe der Speicherstadt.

Auch die AusländerInnenbehörde soll hier einen Außenposten bekommen, so dass es für die inhaftierten Menschen keine Möglichkeit gibt, das „Zentrum" zu verlassen.

Unterstützung von außen wird damit so gut wie unmöglich gemacht.

Wir freuen uns auf viele Textbeiträge von Gruppen und Personen, die zu diesen Thema arbeiten.

Kürzeres:

Aufruf zur Solidarität mit der Alten Pauline

Liebe Freunde und Freundinnen des autonomen Kultur- und Kommunikationszentrums Alte Pauline,

Das seit über 20 Jahren bestehende Zentrum Alte Pauline in Detmold ist vom Verkauf bedroht. Die Stadt Detmold will auf die übliche neoliberale Weise das Tafelsilber, sprich eine Vielzahl städtischer Immobilien und Grundstücke verscherbeln, um auf diese Weise kurzfristig die leeren Kassen aufzufüllen.

Die Alte Pauline leistet Kulturarbeit in Form von Konzerten, Filmnächten, Lesungen, Theatervorstellungen u.a.. Sie bietet Raum für kulturelle und politische Gruppen, um die jeweiligen Ideen umzusetzen. Sie ist ein sozialer und kultureller Freiraum, in dem Menschen sich fernab von kommerziellen Drangsalierungen bewegen können. Alle Arbeit wird von den Mitarbeitern ehrenamtlich verrichtet. Es gibt keinen alternative Einrichtung zur Alten Pauline in der hiesigen Region.

Wir möchten euch bitten eine Solidaritätserklärung an die Alte Pauline zu schicken, damit wir euch als Unterstützer unser Protestaktion vermerken können. Eine kurze Erklärung reicht vollkommen aus, ihr müsst keine Aufsätze schreiben.

Schickt eure Solidaritätserklärung an:
Philipp Lenhard
Bachstr. 12
32756 Detmold
oder via e-mail
soh@alte-pauline.de
Vielen Dank, Alte Pauline

Gebt das Heft frei!

Am 6. Dezember 2002 beschlagnahmte der Zoll die gesamte Auflage der in der Tschechischen Republik gedruckten sechsten Ausgabe der Zeitschrift "Phase 2". In einem Beschluss vom 11. Dezember 2002 entschied das Amtsgericht Wunsiedel, die gesamte Auflage wegen des Verdachts auf "verfassungs-widrige Inhalte" und Steuervergehen einzubehalten. Mit diesem Beschluss ist die sechste Ausgabe der "Phase 2" de facto konfisziert. Die Beschlagnahmung erfolgte aufgrund des unspezifischen Verdachts, der unabhängig vom konkreten Inhalt der Zeitschrift erhoben wurde sowie aufgrund der Tatsache, dass die Zeitung in der tschechischen Republik gedruckt wurde. Das Verfahren der Prüfung kommt dabei einer Konfiskation gleich, da die Dauer der Prüfung des Inhaltes das Erscheinen von "Phase 2" als Periodikum unmöglich macht. In der aktuellen Situation benötigt "Phase 2" die Solidarität aller, die an einer linksradikalen Organisierung und Diskussion Interesse haben oder die Kriminalisierung linksradikaler Ansätze und Diskussionen in der BRD unerträglich finden.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur
Kt.-Nr 11 777 0
Sparkasse Göttingen
BLZ 260 500 01
Stichwort:
"Gebt das Heft frei!"



Dokumentation:

Feuer und Flamme für Hamburg

Am 13.12. haben wir uns, zeitgleich zu den polizeilichen Notstandsübungen in St. Pauli, im feinen Flottbek umgesehen. In der Waitzstrasse wurden bei zwei der Premiumpartner der Hamburger Wirtschaft für Olympiade, Haspa und Vereins- und Westbank sowie drei anderen Banken die Scheiben gesmasht.
Hamburg präsentiert sich für Olympia als weltoffene Stadt der Toleranz. Ihr wahres Gesicht zeigt diese Stadt

- in organisierter Menschenverachtung und Ausgrenzung
- Brechmittelfolter und mörderischem Rassismus
- geschlossener Heimunterbringung
- als Drehscheibe für die Ausbeutung der sogenannten 3. Welt
- als Rüstungsschmiede

Gegen diese Scheisse radikal zu kämpfen, das verstehen wir unter „faire la Bamboula".
Also jetzt nicht nachlassen, Olympia kippen, Regierung stürzen, die herrschende Ordnung zerschlagen!

Dokumentation:

Am Morgen des 6.12. 2001 haben wir am Wohnhaus von Klaus Püschel, Im Holdersbusch 25 in Hamburg, die Fensterscheiben eingeschlagen und Farbe hinterlassen.
Vor fast einem Jahr starb Michael Nwabuisi, der unter dem Namen Achidi John in Deutschland lebte, nachdem er bei einer im Rechtsmedizischen Institut des UKE mit äusserster Brutalität durchgeführten Zwangsvergabe von Brechmitteln einen Herzstillstand erlitten hatte.
Weder Klaus Püschel, der als Leiter des Rechtsmedizinischen Instituts direkt Verantwortliche, noch Prof. Ute Lockemann die den tödlichen Einsatz durchführte, wurden dafür je zur Rechenschaft gezogen. Mit unsere Aktion gegen Püschel, wollen wir an den grausamen Mord an Michael Nwabuisi erinnern und eine zentrale Figur der rassistischen Abschiebepolitik und des staatlichen Terrors gegen Flüchtlinge treffen.
Professor Klaus Püschel ist verantwortlich für alle über 170 bisher durchgeführten Brechmitteleinsätze. seit dem Mord an Michael Nwabuisi wurden und werden Brechmittel nur noch unter seiner Leitung verabreicht.
Auf seine Unbedenklichkeitsexpertise hin führte der damalige rot-grüne Senat im Sommer 2001 die Brechmittelfolter ein, obwohl Püschel selbst noch vor 10 Jahren vor den erheblichen gesundheitlichen Gefahren bei dieser Prozedur gewarnt hatten.
Auch nach dem Tod von Michael Nwabuisi trat Püschel weiter offensiv für die Brechmittelvergabe ein und unterstützte die mörderische Linie des schwarz-Schill-senats. Neben der Brechmittelfolter ist Klaus Püschel auch an anderen Punkten der Abschiebemaschinerie tätig und entwickelte innovative „Verbesserungsvorschläge". So forderte er im Rahmen eines von ihm entwickelten Gesamtkonzeptes, jeweils einen Tag nach der Brechmittelvergabe eine Altersfeststellung des mutmasslichen Dealers durchzuführen, um mittels der doppelten Kriminalisierung wegen Drogenhandels und falscher Altersangabe über ein Schnellgerichtsverfahren eine zügigere Abschiebung zu bewirken. Für Jugendliche, die partout nicht älter als 14 gemacht werden können und denen daher kein Brechmittel verabreicht werden darf, schlug er eine Zwangsunterbringung vor.
„Ältermachen ist mein Dienstauftrag" offenbarte der Totmacher Püschel seine Auffassung des hippokratischen Eides und seine unbedingte Loyalität gegenüber der rassistischen Flüchtlingspolitik. Seit der Amtseinführung von schwarz-Schill finden sämtliche Altersfeststellungen von jugendlichen Flüchtlingen am rechtsmedizinischen Institut selber statt, mit dem Ziel, die Jugendlichen in andere Bundesländer „umverteilen" zu können. Die zuvor mit den Gutachten beauftragten ÄrztInnen arbeiteten der Ausländerbehörde nicht willfährig genug. Also übertrug man diese Arbeit den SpezielistInnen Püschel und seiner Kollegin Lockemann. Beide engagieren sich auch in der „Arbeitsgemeinschaft für forensische Altersdiagnostik", einem Zusammenschluss von RechtsmedizinerInnen, RadiologInnen u.ä. aus mehreren Ländern. Diese haben sich das Ziel gesetzt, „in Anbetracht zunehmender Migrationsbewegungen in Europa das System von Altersfeststellung zu effektivieren". Dabei wird auch auf Kategorien der „Rassenkunde" zurückgegriffen. Für das Gutachten des Instituts, welches eine Anzeige wegen falscher Altersangabe nach sich zieht, müssen die Jugendlichen auch noch 56 Euro aus eigener Tasche zahlen.
Püschel und seine KollegInnen erhalten ihrerseits jede Rückendeckung bei ihrer wichtigen Arbeit. Die staatsanwaltlichen Vorermittlungen wegen Körperverletzung und unterlassener Hilfeleistung im Fall von Michael Nwabuisi wurden eingestellt. Als Todesursache wurde von Püschels Kollegen der Rechtsmedizin der Freien Universität Berlin ein Herzfehler attestiert. Püschel erhielt zuweilen Personenschutz, sein Institut wird bewacht und bekommt höhere finanzielle Zuwendungen. Ein neuer Raum wurde extra für die Brechmittelfolter eingerichtet. Die bewusst einkalkulierte Abschreckung der Folter und der Mord an Michael Nwabuisi zeigten Wirkung: Die allermeisten der des Drogenhandels Verdächtigten schlucken die Brechmittel „freiwillig". Die Zahlen inhaftierter und abgeschobener vermeintlicher Drogendealer schnellen in die Höhe, noch nie zuvor gab es soviele Abschiebungen aus Hamburg wie jetzt.

- Schluss mit der Brechmittelfolter!
- Schluss mit der rassistischen Praxis des Ältermachens!

AntirassistInnen in Erinnerung an Michael Nwabuisi, der Anfang Juli 2000 in Hamburg Asyl beantragte und am 12.12.2001 an den Folgen der Brechmittelfolter gestorben ist.



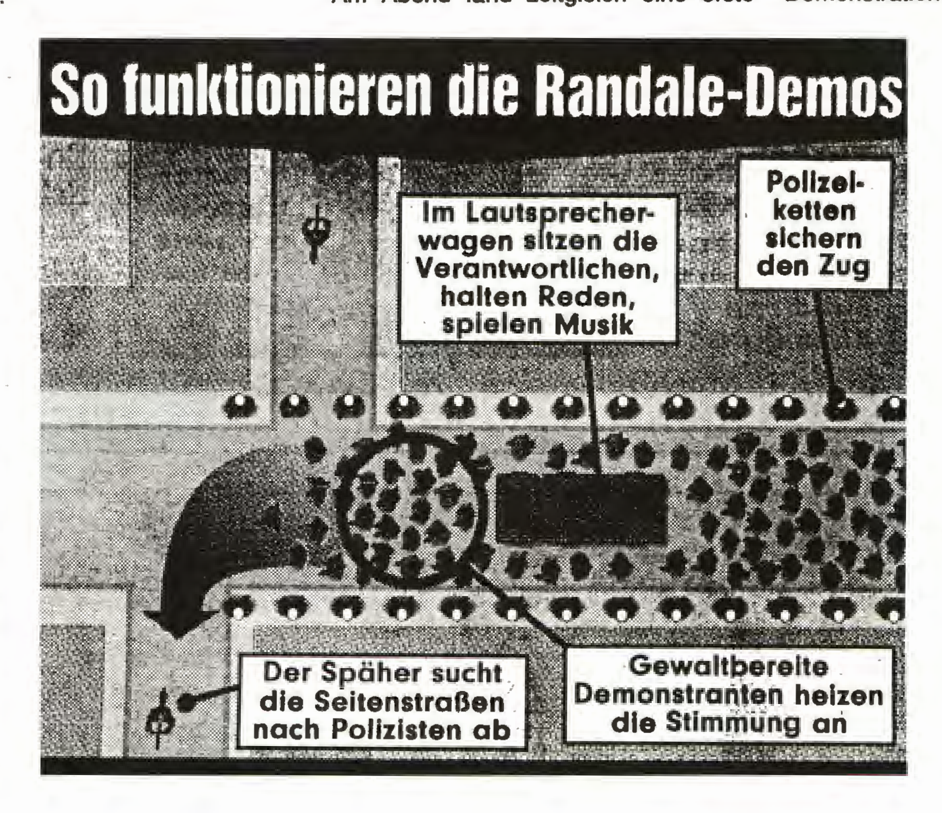
Bambule – Chronologie der Ereignisse

Werte ZECK,
schön das es dich noch gibt. Anbei sollst du den Versuch einer Zusammenfassung der letzten Ereignisse in Hamburg erhalten. Wie gesagt, es ist ein Versuch und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- **21.12.**: Etwa 8000 Menschen demonstrieren gegen den Schwarzbraunen Senat und die Räumung der Bambule unter dem Motto "Regierung stürzen". Die ursprünglich geplante Demo wurde wegen inakzeptabler Auflagen abgelehnt und eine Spontandemo durch St.Pauli angemeldet. Nach dem Ende der Demonstration, für die es erneut ein Innenstadtverbot gab, zogen viele Kleingruppen in die City und artikulierten ihren Protest durch das Rufen von Parolen sowie durch Aktionen in und um die einschlägigen Kaufhäuser. Die mit der Situation sichtlich überforderten Schergen nahmen daraufhin 259 Personen fest oder in Gewahrsam.
- **15.12.**: Bambule-Kommando: Entführt Gartenzwerge als Geiseln
- **13.12.**: Erneute Demo von 800 Leuten gegen den Hamburger Senat nach Heimspiel des FC St. Pauli Im Vorfeld drohte der Senat mit einer Verlegung des Spiels auf Sonntag 12 Uhr (!), die aber vom Verein abgelehnt wurde.
-zeitgleich Entglasung von 5 Banken in der Waitzstr. in Othmarschen in Bezugnahme unter anderem auf Bambule
-Presseerklärung von Bambule zum zweiten Gespräch mit dem Senat, vertreten durch H. Wellinghausen
- **12.12.**: Demo von 200 Leuten zum 1. Todestag von Achidi John
- **10.12** Veranstaltung zu Bambule und gegen Polizeigewalt im Hamburger Schauspielhaus. Der Intendant Tom Stromberg wird vom Senat unter Druck gesetzt nicht zu dieser Veranstaltung zu gehen und wird in den folgenden Wochen weiter bedrängt.
- **09.12.**: Kundgebung von 90 Leuten am UKE gegen Brechmittel
Mobilisierungswebseite für den 21.12. geht online - www.nadir.org/regierung-stuerzen
-07.12.: Unbekannte machen Plakataktion für die Bambule
- **06.12.**: Sleep-In in der City
- Stressemanstrassendemo
- **05.12.**: 5000 bei Demo gegen Hamburger Senat
- Kundgebung am Knast Fuhlsbüttel zur Unterstützung der Knastrevolte
-Innenministerkonferenz in Bremen, zu der aus Hamburg ebenfalls aufgerufen wird
-Erste Verhandlungen der Bambule mit Wellinghausen
-04.12.: Hetze vor Gewerkschaftssdemo gegen Bündniss mit Bambule führt zu Demoverbot von Gewerkschaften durch die Innenstadt. Das Bündnis mit autonomen Gruppen hält aber und stattdessen entschließt sich die GDP der Chaotendemo fernzu bleiben
-Aufruf für die Demo am 21.12. veröffentlicht.
-Aus einer Menschenmenge heraus ging in St Georg eine Person mit einer Bierdose in
der Hand auf Schill zu und wollte diesen angeblich angreifen. Bodyguards warfen sich dazwischen, einer wurde verletzt und die Person festgenommen.
02.12.: Bambule im Knast Fuhlsbüttel: 50 Gefangene weigern sich aus Protest gegen den Schill Senat die Zellen zu verlasen und zur Arbeit zu gehen. Hintergrund sind die drastischen Verschärfungen im Vollzug. So wurde von fünf Besuchstagen pro Gefangenen und Monat einer gestrichen. Langzeitbesuche (z.B. für Familien) werden von 8 Stunden auf 4 Stunden gekürzt.
Die Ausgaben für das Essen der Häftlinge werden stark reduziert. Die Löhne für im Gefängnis arbeitende Insassen werden gekürzt.
- Nach dem Spiel des FC St.Pauli am Montag Abend, 2.12., demonstrierten wieder 1500 Menschen für Bambule und gegen Schill. Die Polizei provozierte Konfrontationen und löste die Schlusskundgebung auf.14 vorläufige Festnahmen, 11 Ingewahrsamnahmen.
01.12.: Bambule-Solidemo in Frankfurt
- Spiegel TV-Hetze auf RTL - Chefredakteur Aust:"Bambule bedeutet Negertanz"
30.11.: Grossdemo. Über 4000 Menschen demonstrierten gegen den Hamburger Senat und für den Wagenplatz Bambule. 6 vorläufige Festnahmen.
- Artikel im Guardian (England)
- **29.11.**: Endlich mal Demo in Altona-Auftaktdemo zum heißen Wochendende mit 200 Leuten und 500 Bullen
- Bambule-Unterstützungs-Demo in Kassel
- Bild und CDU hetzten gegen Stadteilkultureinrichtungen GWA und Werkstatt 3
27.11.: Die Mahnwache an der Stresemannstrasse beginnt und findet seitdem täglich statt und informiert PasantInnen über Bullengewalt
-Der Hamburger Verfassungsschutz meldet sich zu Wort - "Linksextremistische Zusammenhänge sehen sich im Aufwind"
26.11.: Verhandlungsbereitschaft in Hamburg?
- **24.11.**: Tuntenolympiade in der Vorwerkstrasse
Bambule-Straßenfest
- **23.11.**: Straßentheater in Eckernförde
- Spontandemo von 100 Leuten am Samstag
- **22.11.**: Über 1000 bei Demo am Freitagabend vor der Nobelkneipe Wollenberg - Stammkneipe von Schill und zweiter Wohnsitz der Innenbehörde. Eine vorläufige Festnahme.
-Die Vollversammmlung des FC St. Pauli erklärt sich solidarisch mit den Opfern von Polizeiübergriffen am Montag.
21.11. Laternenumzug mit 700 bis 900 Leuten von der City in die Schanze.
- Eine zeitgleiche Diskussionsveranstaltung in der HWP war von 150 bis 200 Leuten besucht Im Anschlus demonstrierten 100 Personen im Schanzenviertel
-Im Laufe des Tages wurde bekannt, das am vergangenen Samstag Polizisten in Zivil von ihren Kollegen in Uniform dienstunfähig geprügelt wurden. Auch an diesem Tag 2 vorläufige Festnahmen aufgrund von Sachbeschädigungen, sowie 5 Ingewahrsamnahmen.
20.11.: Laternen basteln im Art Café in der Flora. Das echo kommt zwei Tage später als Artikel in der Bild "Die Chaoten beim basteln"
-Für Freitag wird zu einer Kundgebung um 22 Uhr vor dem Nobel-Club 'Wollenberg' aufgerufen
18.11.: Nach einem Spiel des FC St.Pauli sammelten sich wieder bis zu tausend Menschen, um für den Erhalt der Bambule und gegen den rechten Hamburger Senat zu demonstrieren. Die Demonstration wurde von der Polizei mit Knüppeln und Wasserwerfern attackiert. 269 Ingewahrsamnahmen sowie 5 vorläufige Festnahmen und mehrere teilweise schwerverletzt.
16.11.Bundesweite Demo in Hamburg. 4000 Leute bei der bundesweiten Demo. Und auch die Polizei war aus ganz Deutschland da. Nach dem Ende der Demo zerschlägt die Polizei die noch herumstehende Menge mit Wasserwerfern und Schlagstöcken. Es folgen Verletzte,16 vorläufige Festnahmen, eine Ingewahrsamnahme, kaputte Scheiben und einige Barrikaden. Nach zwei Stunden ist wieder Ruhe eingekehrt
Zeitgleich finden Solidaritätsdemonstrationen mit der Bambule und für Projekte in der eigenen Stadt in Aachen, Köln und Stuttgart statt.
15.11.: 16 Uhr Critical-Mass-Fahrradtour
13.11.: Entglasung des HEW-Kundenzentrums, mehrerer Banken und des Kaufhauses Karstadt in der Osterstr., als Protest gegen den Castor.

12.11.: Auf der Mönckebergstraße fand ein SleepIn statt.
-Während einer Ausstellungseröffnung zum Thema Obdachlosigkeit in Hamburg solidarisierten sich die VeranstalterInnen mit der Bambule.
11.11.: 150 Leute bei Solidemo in Berlin übergaben eine 'Autonome Grussbotschaft'. In Eckernförde gibt es eine Solidaritätsaktion.
10.11.: Sonntagnachmittag - Fussballzeit: Vor dem ehemaligen Platz der Bambule findet ein Fussballturnier statt.
9.11.: Erneute Demo von der Sternschanze zum Karoviertel, erneut ein riesiges Polizeiaufgebot. - Nachmittags Musik für Bambule in der Wandelhalle (Hauptbahnhof).
-In Leipzig fand eine Solidaritäts-Aktion statt.
8.11.: Pressekonferenz der Bambule und anderen UnterstützerInnen zum Vorgehen der Polizei in den letzten Tagen.
7.11.: die Bambule nimmt ihre von der Polizei beschlagnahmten Wagen wieder in Empfang nehmen.
- Im Laufe des Tages erschien ein Aufruf zu einer bundesweiten Demo für die Bambule und gegen den Senat in Hamburg.
-Am Abend blockierten kurzzeitig 50 Leute aus Solidarität mit der Bambule eine Kreuzung in St. Pauli.
6.11.: tagsüber Fahrraddemo mit Polizeiübergriffen in Hamburg. Blockade des Feierabendverkehrs in Bremen.
-Im Anschluß an eine Solidaritätsdemo für die Bambule am Abend ziehen über 600 Leute durch St. Pauli. Sachschäden an Polizeiwache und Einsatzfahrzeugen. Wieder Wasserwerfer- und Schlagstockeinsatz. 56 Ingewahrsamnahmen, 7 vorläufige Festnahmen.
5.11.: Die in Harburg verbliebenen Wagen und Leute wurden morgens von der Polizei umstellt, die Wagen "sichergestellt", die Leute in Gewahrsam genommen und zwangsweise ins Bezirksamt gebracht. Am Nachmittag brach eine Spontandemo vom Uni-Campus in Richtung Innenstadt auf. Abends folgte eine weitere Demo mit über 500 Teilnehmern vom Dammtor in Richtung Karoviertel.
- VollVersammlung mit 200 Leuten in der Flora
-In Osnabrück, Köln und Hanau finden Solidaritätsaktionen statt.
4.11.: Die Bambule wurde am frühen Montagmorgen geräumt! Im Anschluß folgte eine Demo und der Versuch auf den Uni-Campus zu gelangen. Nach einem mehrstündigen Polizeikessel durften die Wagen nach Hammerbrook fahren. Als die Gruppe dort ankam, traten neue Probleme auf. Der Pächter weigerte sich der Übernachtung zuzustimmen, woraufhin die Polizei sofort ein großes Aufgebot vor Ort zusammenzog. Die Gruppe mit den Wagen wurde von Polizeibeamten eingekesselt und die Fahrzeuge sichergestellt. Drei Fahrzeugen wurde anfangs erlaubt, unter Polizeibegleitung den Kessel zu verlassen, um Ziele ausserhalb Hamburgs anzufahren. Diese wurden bis zur Stadtgrenze begleitet.Weitere Verhandlungen über individuelle Abzugsmöglichkeiten wurden dann abgebrochen. Alle weiteren Fahrzeuge wurden nach HH-Harburg zur Sicherstellung überführt. Auf einem Industriegelände in HH-Harburg wurden alle Fahrzeuge unter Polizeiaufsicht geparkt. Auf Grund der fortgeschrittenen Stunde wurde der Gruppe das Übernachten auf dem Gelände gestattet.
-Am Abend fand zeitgleich eine erste Spontandemo mit ca. 700 Leuten statt. Im Verlauf der Demo setzt die Polizei in Altona Wasserwerfer und Schlagstöcke ein, es kommt zu Auseinandersetzungen. 7 Ingewahrsamnahmen,11 vorläufige Festnahmen.
03.11. Besichtigung eines inoffiziellen Verhandlungsvorschlags von CDU-Politiker Wellinghausen für ein "Wohnprojekt" in Bahrenfeld. Bei dem angebotenen Gebäude handelt es sich um ein für die BewohnerInnen des "Bambule"-Wagenplatzes völlig ungeeignetes Objekt.
In der Nacht werden beim Ottensenser Einkaufszentrum Mercado die Scheiben entglast.

AKTIONSWOCHE:
02.11. Den Abschluß bildete am Samstag ein von einem breiten Bündniss organisierter Bettlermarsch durch die Hamburger Innenstadt, zu dem auch die Bambule mobilisierte.
Sonntag
01.11. Freitagabend folgte eine weitere Spontandemo mit 500 Leuten nach dem Spiel des FC St. Pauli. In der Nacht wurde ein Haus am Hafen besetzt jedoch am Samstagmorgen schon wieder geräumt.
31.10 Donnerstag folgte eine weitere Neubesetzung eines Bahngeländes, die aber von der Präsens eines massiven Polizeiaufgebots schnell beendet wurde. Im dunkeln folgte eine Spontandemo.
30.10 Am Mittwoch zog ein Teil der Bambule um, besetzte einen neuen Platz und kam mit einer Spontandemo ins Schanzenviertel.
29.10 Dienstag Nachmittag RTS-Party
26.10. die Aktionswoche des Bauwagenplatz Bambule gegen seine drohende Räumung beginnt mit einer Demonstration von ca. 400 leuten.



Wir danken der BILD-Zeitung für dieses Schaubild

„Die Anzahl der Überstunden bei den Bullen entspricht ja auch etwa der Anzahl der Überstunden bei uns..."

Ein Gespräch mit aktiven und ehemaligen Bambuleaktivisten

Wir sprachen mit Gerd und Volker aus der jetzigen Bambule-Gruppe und mit Rüdiger, der in Teilen der 90er auf dem Platz wohnte.

Zeck: *Hallo, schön dass ihr hier seid. Beginnen wir mit der Frage an die jetzigen Bambulies, was der Platz vor der Räumung war. Wie hat er funktioniert, was war das für eine Struktur und welche Ideen standen dahinter?*

Gerd: Es hat die einzelnen Menschen aus unterschiedlichen Richtungen auf den Wagenplatz geführt. Ein bunt gemischtes Völkchen mit unterschiedlichen Einzelinteressen. Der gemeinsame Punkt war, dass alle im Wagen wohnen wollten und diese Lebensform für sich gewählt haben.

Volker: Am Anfang ging es in total viele Richtungen. Es gab verschiedene Grüppchen, die zusammen Politik und andere, die was anderes zusammen gemacht. Dass dabei alle in die selbe Richtung gegangen sind, war nie der Fall.

Z: *Rüdiger, wie stellt sich das im Vergleich zu deiner Zeit dar? War das schon genauso oder gibt es Unterschiede zur alten Bambule?*

Rüdiger: Es gibt insofern einen Unterschied, als dass wir uns vorher alle kannten, als wir den Platz besetzt haben. Es sind zwar noch Leute dazu gekommen, aber die Kerngruppe kannte sich schon vorher, hat zusammen Politik gemacht und wollte auch schon vorher zusammen wohnen. Deshalb wurde überlegt ein Haus zu besetzen, was aber zu dem Zeitpunkt in Hamburg nicht möglich war. Die Idee mit den Bauwagen ist dann eher zufällig aufgekommen und nach einigem Hin und Her sind wir dann im Karoviertel gelandet.

Z: *Im Sommer wurde der Bambule ja dann eine Allgemeinverfügung an die Wagen geheftet . Sie besagte, dass ihr nicht mehr auf dem Platz bleiben könnt. Ihr habt dann angefangen, was dagegen zu unternehmen. Einerseits juristisch auf dem Klageweg und andererseits politisch-praktisch mit der Aktionswoche. Wie bewertet ihr zunächst den Klageweg, der ja gescheitert ist und an dessen Ende die Räumung stand?*

Volker: Es war das erste Mal, dass in Hamburg per Allgemeinverfügung geräumt worden ist. Das hat es hier vorher noch nicht gegeben. Normal war vielmehr das persönliche Zustellen von Räumungsverfügungen, was beinhaltete, dass das Bezirksamt zunächst einmal die BewohnerInnen herausfinden und ihre Personalien feststellen musste. Diesmal reichte halt eine allgemeine Verfügung, die besagte, dass das Wohnen im Bauwagen auf den Flurstücken in der VorwerkStraße untersagt ist, und wir binnen sechs Wochen das Gelände zu verlassen haben. Diese wurden mit Tesakrepp an die Wagen auf der Straße geklebt. Das hat es für sie ziemlich einfach gemacht: Sie mussten uns nicht finden und nicht unsere Meldeadressen herausbekommen. Sie mussten gar nichts. Sie haben nur das Gelände genommen und gesagt, dass hier keine LKWs und Bauwagen stehen dürfen. Dagegen sind wir mit Anwälten vor Gericht gegangen.

Das Ganze ist dann an einem Punkt gescheitert. Über acht Jahre lang gab es vorher mit der damaligen Staatsrätin Meier-Reimers Verhandlungen. Sie war befugt und zuständig und sass die ganze Zeit zusammen mit BewohnerInnen, AnwältInnen und ArchitektInnen in den Gesprächen. Es ging dabei um Themen wie etwa eine freiwillige Räumung des Platzes gegen ein gemeinsames geeignetes Ersatzobjekt. Und jetzt heisst es von Seiten des Bezirks, dass es nie irgendwelche Verhandlungen, sondern nur unverbindliche Moderationsgespräche gegeben habe, und dass die Personen, die damals mit uns geredet haben, gar nicht befugt gewesen wären. Das ist völliger Quatsch. Frau Meier-Reimer hätte zu der Sache auch vor Gericht ausgesagt, aber sie wurde, kurz nachdem von unseren Awälten wegen der Allgemeinverfügung das erste Schreiben ans Gericht ging, ad hoc in Bezirksamt gerufen und gefragt, ob das, was in der Klageschrift steht, alles so stimmen würde, was sie bestätigte. Das Problem ist dabei, dass sie nur außer Dienst ist und so immer noch den BeamtInnenbedingungen untersteht. D.h. sie darf nicht aussagen, wenn ihr Vorgesetzter ihr keine Aussagegenehmigung erteilt. Der Senat hat ihr das Maul verboten und gesagt, sie dürfe weder vor Gericht noch zur Presse etwas sagen. Dadurch ist uns quasi die Beweisgrundlage entzogen worden, was mehr oder weniger der Knackpunkt ist, warum die Klage scheiterte.

Gerd: Darin kann man auch klar erkennen, auf welche Art und Weise die Richter den Kontakt zum Senat pflegen und wie hier Einfluss genommen werden kann. Nach meiner Einschätzung sind da auch Gespräche im Background gelaufen.

Volker: Zu ergänzen wäre noch, dass zwar unsere Eilanträge abgelehnt wurden, aber immer noch ein Prozess läuft. Es geht um die Frage, ob die Allgemeinverfügung rechtswidrig ist oder nicht. Man kann zwar Widerspruch gegen eine solche Allgemeinverfügung einlegen, was aber keine aufschiebende Wirkung hat.

Z: *Als klar war, dass geräumt werden soll, habt ihr vom 26.10. bis zum 2.11. auch noch eine Aktionswoche gestartet. Was war eure Intention? Was wolltet ihr erreichen?*

Volker: Wir wollten erst einmal auf unsere Situation aufmerksam machen. Wir wollten, dass Leute mobilisiert werden und wissen, was in dieser Stadt so passiert. Gerade auch bezüglich des Räumungstermins, wo für uns am 31. Oktober die Frist abgelaufen ist, sollten möglichst viele da sein.

Gerd: Dazu hatten wir auch bundesweit mobilisiert. Wir haben alle anderen Wagenplätze in Deutschland angesprochen, zu uns zu kommen und uns zu unterstützen. Es ging darum, zu zeigen, dass wir viele sind.

Volker: Die Bambule war der dritte Wagenplatz, der dieses Jahr in Hamburg geräumt wurde. Es geht um alle. Auch um die, die einen Vertrag haben. Bausenator Mettbach sagt ja auch, dass in den nächsten Jahren alle Wageplätze in Hamburg verschwinden sollen. Die ersten beiden Plätze waren auf einmal weg und dann war Ruhe. Wir wollten, dass es diesmal anders läuft und etwas in Bewegung kommt.

Z: *1994 war die Räumung der Bambule schon einmal Thema gewesen. Damals ist es anders gelaufen. Es gab eine einzige militante Aktion, und der damalige Senat hat einen Rückzieher gemacht und ist in Gespräche gegangen. Klar war das eine andere Zeit und unter Rot-Grün eine andere Ausgangslage. Aber wenn man die beiden Konzepte miteinander vergleicht, wo lassen sich Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten ausmachen?*

Rüdiger: Etwas übertragen zu wollen, wäre an dieser Stelle anmaßend, da sich Geschichte nicht wiederholen lässt. Fakt ist aber, dass wir zunächst eine ähnliche Sitation hatten. Während es heute eine Allgemeinverfügung ist, hatten wir direkte, namentlich gebundene Räumungsverfügungen, gegen die wir juristisch verloren hatten. Wir hatten zu dem Zeitpunkt überhaupt keine Gesprächspartner. Alle Instanzen, mit denen wir zu tun hatten, haben sich geweigert, mit uns zu reden. Irgendwann waren wir an dem Punkt, zu sagen: Wir werden nicht einfach gehen, und

wir werden auch nicht warten bis sie uns holen. Wir haben dann einen Zeitpunkt, eine Nacht selbst bestimmt, den Platz befestigt und eine militante Auseinandersetzung mit den anrückenden Bullen angefangen. Wobei wir die ganze Zeit Vermittler eingeschaltet hatten, die versuchten, Politiker zu erreichen, um möglicherweise nochmal eine Gesprächsebene hinzubekommen. Das hat dann auch geklappt. Kurz bevor die letzten Barrikaden abgeräumt waren, hat sich der damalige Innensenator zu einem Gespräch bereit erklärt. Hieraus sind dann die Gespräche mit Staatsrätin Meier-Reimer entstanden, welche von der STEB und der Innenbehörde eingesetzt wurde.

Wie bereits gesagt, denke ich, dass sich das nicht wiederholen lässt. Die Bambule von heute befindet sich strukturell in einer anderen Situation. 1994 gab es noch relativ viele intakte Strukturen und Gruppen, die die Auseinandersetzung mitgetragen haben. Einerseits gibt es diese Strukturen heute nicht mehr in dieser Form, und andererseits hätte die Bambule das nicht einfach so wiederholen können, weil sie anders beobachtet worden ist, da der "Nimbus" in gewisser Weise fortbestand. Die Polizei hat sich sehr genau angeguckt, ob es da Intentionen gibt, sich vielleicht auch anders zu wehren. Aber kritisch betrachtet hätten die jetzigen BambulebewohnerInnen mit der Option, sich auch anders zu wehren, politisch mehr spielen und einen größeren Druck aufbauen können. Das ist nicht passiert und ich denke, dass auch nicht so richtig klar war, welche Strategie gefahren werden sollte. Also ob die jetzigen Bambulies sich verteidigen wollten, ob das an die Luft gesetzt werden maximal inszeniert werden sollte oder ob, wie es auch gemacht wurde, letztlich vom Platz heruntergegangen wird. Das blieb mir und vielen anderen Leuten bis zum tatsächlichen Zeitpunkt total unklar. Das hat sich letzten Endes zwar zum Guten gewandelt, aber es war auch ein wenig das Problem, dass viele Gruppen und Strukturen in Hamburg nicht so genau wussten, wie sie sich solidarisch hätten verhalten können.

Z: *Bezogen auf die Unklarheit, wozu mit der Aktionswoche mobilisiert werden sollte, auch noch mal die Frage an die jetzige Bambule. Was habt ihr euch gedacht und was sagt ihr zu dieser Kritik?*

Gerd: Das war schon ganz gut beschrieben. Wir sind in eine Situation geraten, zu der sich die Leute vorher nicht viel überlegt hatten. Dadurch dass der Platz auf einmal gefährdet war, stand man an dem Punkt, als Gruppe wieder etwas gemeinsam machen zu müssen. Die Leute haben vorher zum Teil miteinander aber auch zum Teil nebeneinander daher gelebt, und es gab keine Struktur, durch die man auf die Schnelle entscheidungsfähig gewesen wäre. Es wurde alles diskutiert und auch das Szenario durchgesprochen, wie man sich auf dem Platz wehren könnte. Letzten Endes hat sich die Gruppe dann erst sehr spät dazu entschlossen, den Platz zwar nicht gewollt zu verlassen, aber dann doch ohne Randale zu gehen. Als ich am Räumungsmorgen gesehen habe, wie die 1000 Polizisten da aufgefahren sind, war mir klar, dass sie schon mit möglicher Randale gerechnet haben. Sie wären auch besser damit gefahren, wenn es welche gegeben hätte. Dann hätte es eine Argumentationsschiene gegeben, die auch der normale Bürger besser versteht: Die Chaoten randalieren und dann wird die Platte geputzt.

Die Aktion hat aber auf jeden Fall dazu geführt, dass viele Leute wieder zusammengefunden und Strukturen gebildet haben, die eine Zeit lang brach lagen. Eine Politisierung der linken Szene.

Volker: Es war bei uns ganz lange nicht klar gewesen, ob wir den Platz verteidigen wollen oder nicht. Es wurde dann abgesprochen, dass die, die es wollen, ihre Wagen beiseite schaffen. Das Problem war zum dem Zeitpunkt aber auch die juristische Schiene. So war es erst zwei Tage vor der Räumungsfrist klar, dass die Klage im Eilverfahren abgelehnt worden ist. Und da ist dann auch bei uns hinsichtlich der Kommunikation viel schief gelaufen. Eine Kritik, die absolut berechtigt ist und uns im Nachhinein immer mehr bewußt wurde. Zusammengefasst, hatten wir uns also zunächst entschlossen, dem Gerichtsurteil eine Chance zu geben. Und als dann klar war, dass geräumt wird, entschieden wir, nach der zweiten Aufforderung zu gehen. Schiesslich steht da ja auch ein Wert in der Straße, der das Zuhause von Leuten ist.

Rüdiger: Ich möchte mich an dieser Stelle gegen den Ausdruck der Randale verwehren. Intention war '94 nicht der Spass an der Zerstörung, sondern den Platz rundherum zu befestigen. Es sind in größeren Abständen Barrikaden gebaut worden, womit verhindert werden sollte, dass die Polizei an den Platz herankommt und räumen kann. Das ist auch verhindert worden. Wir haben nach den Auseinandersetzungen noch zwei Veranstaltungen mit den BewohnerInnen des Viertels gemacht, wo auch viel Unmut geäussert worden ist. Letzlich wurde aber verstanden, dass wir überhaupt keine andere Wahl mehr hatten, dass wir mit dem Rücken zur Wand standen und nicht warten wollten, bis sie uns holen. Der Ausdruck Randale trifft das nicht so ganz.

Ausserdem war im Gegensatz zu heute anders, dass wir den Platz vorbereitet hatten. Da standen keine wertvollen Wagen mehr. Das wäre für die jetzigen BewohnerInnen sicherlich eine besondere Problematik gewesen, wenn man in Betracht zieht, wie sie unter Beobachtung standen. Wir hatten sie damals relativ unvorbereitet getroffen, da es, soweit ich mich erinnern kann, weder in Hamburg noch sonstwo in der Bundesrepublik jemals zu einer militanten Verteidigung eines Wagenplatzes gekommen war. Das war bei uns vielleicht auch der Unterschied zu Bauwagenplätzen im Allgemeinen. Uns ging es weniger um das Leben im Bauwagen, sondern mehr um das Leben zusammen und um den Status, für dieses Leben auch nichts zu bezahlen. Die Besetzung als politisches Ziel. Das unterscheidet uns möglicherweise von Leuten, die heute im Bauwage wohnen und die auch damals schon im Bauwagen gewohnt haben.

Z: *Aber dann könnte man sagen, dass die Entscheidung, am Morgen des 4.11. zu gehen, auch der Heterogenität der jetzigen Bambulegruppe geschuldet war. Weil ihr euch nicht als großer politischer Zusammenhang begriffen habt, habt ihr erstmal auf die juristische Schiene vertraut. Aber wenn man gewollt hätte, hätte man sicherlich bereits im Vorfeld Sachen machen können. War das der Heterogenität und der mangelnden Kommunikation geschuldet?*

Gerd: Da spielen viele Faktoren mit rein. Zum einen, dass sich die Gruppe in dem Maße gar nicht als Gruppe definiert hat, als dass eine solche Aktion wirklich strukturiert hätte durchgeplant werden können. Zum anderen haben wir schon mit dem Gedanken gespielt, das auch zu tun, wobei wir, da wir die Allgemeinverfügung hatten, auch in einer schlechten Postion waren. Wir waren mehr oder weniger überrumpelt und die Leute, die da wohnten, mussten erst anfangen, sich wieder zusammenzufinden.

Z: *Am Morgen der Räumung hatten sich einige hundert Leute auf dem Platz eingefunden. Dann kamen die Bullen. Dann kam der Abzug. Dann der endlose Irrweg durch die Stadt inklusive einer ganzen Reihe von Gängelungen seitens der Bullen. An diesem Punkt hat sich so eine Art Dauermobilisierung entfacht. Was ist passiert? Wo kam diese Mobilisierung in diesem Umfang her?*

Volker: Ein wichtiger Grund war die Räumung und die Sachen, die anschließend noch passiert sind. Und natürlich haben wir dann als Gruppe auch weitergemacht, Öffentlichkeitskram usw. Dann hat sich in Hamburg auf einmal was bewegt. Eine Unzufriedenheit ist sicherlich bei ganz vielen Menschen in Hamburg da, und es wurde auch von uns und anderen Gruppen mobilisiert, aber dass das nun diese Ausmaße annimmt, damit hat sicherlich keiner gerechnet.

Gerd: Bambule hat bestimmt auch von den Geschichten von '94 aus noch etwas dargestellt. Das haben viele Leute als Grund genommen, auch jetzt etwas zu machen. Und die Räumung war der letzte Tropfen in einem überlaufenden Fass. Viele Leute haben sich getroffen und gemeint: Es reicht, jetzt ist was zu tun.

Rüdiger: Es gibt da ein paar Aspekte, die man sich mal angucken kann. Zuächst ist die Bambule relativ unklar von dem Platz verschwunden, und die Räumung war unverhältnismäßig. Dann hat der Ablauf des

Bei den Randalierern ist die „Luft raus". Glaubt Schill

Aber für morgen ist schon wieder ein „Laternenumzug" der Chaoten angemeldet...

Von MATTHIAS SOYKA

Innensenator Ronald Schill hat den Polizeieinsatz gegen die Chaoten als großen Erfolg bewertet. Nur ein paar Autos, die am Straßenrand standen, seien leicht beschädigt worden. „Das ist kein Vergleich zu Hafenstraßen- und Rote-Flora-Demonstrationen früherer Jahre."

Schill bezeichnete es als bedauerlich, dass das Grundgesetz mit dem Recht auf Versammlungsfreiheit von bestimmten Gruppen missbraucht werde. Es sei erstaunlich, dass darunter die PDS sei (BILD berichtete). „Die Veranstalter riefen nicht einmal zur Gewaltlosigkeit auf." Die PDS habe vor dem Oberverwaltungsgericht keinen Versuch unternommen zu erklären, wie sie Gewalt verhindern wolle. Daraufhin hätten die Richter die Demonstrationsroute letzten Sonnabend durch die Fußgängerzone untersagt.

Der Innensenator bezweifelte, dass es den meisten um politische Ziele gehe. „Die Hälfte waren schlicht Chaoten. Ansonsten machen wir Politik nicht abhängig von zu erwartenden Gewalttaten."

Die Innenbehörde glaubt nun, dass bei den Chaoten die „Luft raus" sei. „Die messen auch ihre Erfolge – und die waren gering", sagte Schill im Hinblick auf das konsequente Vorgehen der Polizei.

Wenn er sich da nur nicht irrt.

Für morgen ist um 17.30 Uhr ein „Laternenumzug" der Bambule-Chaoten angemeldet. Treffpunkt: Mönckebergbrunnen. Im Internet heißt es dazu: „Schill wird untragbar, wenn wir unsere Wut weiterhin auf die Straße tragen. Bambule wollen sie – können sie haben!!!" Und: „Weiter, der Weg ist noch lang." Oder: „War 'ne schöne Demo am Samstag. Mehr davon!"

Bild vom 20.11.2002

ganzen Tages, wie mit der Bambule umgegangen worden ist, viel Unmut hervorgerufen. Es hat sich ein totales Unvermögen seitens des Senats gezeigt, die Situation in irgendeiner Weise konstruktiv lösen zu können. Ein weiterer Aspekt war, dass ein Jahr Schwarz-Schill eine Menge Unmut in den unterschiedlichsten Bereichen hervorgerufen hat. Gerade in den Bereichen, wo bestimmte Leute aus bestimmten Teilen der Stadt vertrieben worden sind. Ob das nun Obdachlose, DrogenuserInnen oder Schwarze waren. Oder auch die Frauen- und Mädchenarbeit, die über Sozialkürzungen unmöglich gemacht worden ist. Und der studentische Bereich, wo die Leute jetzt mit dem Umbau der Uni zu tun haben. Es hat offensichtlich ein Jahr gedauert, bis sich der Schwarz-Schill Senat zurechtgeruckelt und soviel Unmut produziert hatte. Der dritte Punkt ist, wie der Senat überhaupt mit diesem Konflikt umgegangen ist. Er hat hier keinerlei Anzeichen gezeigt, dass er auch in der Lage ist, den Konflikt politisch über Aushandlungen zu lösen. Er hat sich von vornherein so präsentiert, dass er nur repressiv vorgehen will und vertreten, dass sich darüber das Problem erledigen lassen wird. Die massive Polizeipräsenz auf vielen Demonstrationen hat bei den Leuten noch mal den Schub gegeben, sich das alles nicht mehr gefallen zu lassen. Das sind jetzt einige Teilaspekte, warum das so hochgekocht ist. Bezüglich einer umfassenden Erklärung kann man nur ein wenig im Nebel stochern.

Z: *Daran schliesst sich für uns die Frage an, welche Qualität die Bewegung eigentlich hat. Am 12. Dezember gab es zum Beispiel eine Demo gegen Brechmitteleinsätze, die in Hamburg spätestens seitdem Achidi John bei einem Brechmitteleinsatz umgebracht wurde, Thema sind. Damals hat sich daran schon nicht so richtig viel festgemacht. Und auf der Demo jetzt, vor dem Hintergrund der größeren Mobilisierungen der letzten Zeit, waren lediglich 150 bis 200 Leute gewesen. Wo sind sie auf einmal alle hin? Was sind die positiven und was die negativen Aspekte dessen, was wir da gerade erleben?*

Rüdiger: Positiv ist zunächst, dass sich eine Menge Leute im besten Sinne des Wortes politisiert haben. Dass sie angefangen haben, sich für die Situation hier in der Stadt zu interessieren. Das hat auf einer bestimmte Ebene dazu geführt, dass sie sich jetzt mehr zusammenschließen oder geschlossen haben. Das ist aber eher in den Anfangsstadien. Das Beispiel, dass auf der Brechmitteldemo wenig Leute gewesen sind, würde ich nicht als Indiz dafür nehmen, dass die Bewegung hier wieder am abflauen ist. Das Niveau der massiven Demos, die in letzter Zeit gelaufen sind, lässt sich natürlich nicht beliebig weiterführen. Aber man merkt halt, dass es viele Leute gibt, die sich interessieren, sich austauschen und versuchen, hier was gemeinsam klarzuziehen. Im Negativen: Man kann nicht erwarten, dass jetzt hinsichtlich aller politischen Mißstände, zu denen es Aktionen, Kundgebungen oder Veranstaltungen gibt, diese maximal besucht werden und sich das Ganze lawinenartig immer weiter fortsetzt. Die Leute sind zum Teil ein bisschen müde und abgekämpft. Die Anzahl der Überstunden bei den Bullen entspricht ja auch etwa der Anzahl der Überstunden bei uns.

Gerd: Positiv ist, dass es zu einer Politisierung gekommen ist, die sich nicht nur spezifisch auf Bauwagenplätze bezieht, und Bambule zum Überbegriff geworden ist, hat auch etwas damit zu tun, dass sich viele damit irgendwie identifizieren konnten und so einen Zugang gefunden haben. Das Problem, dass ich jetzt sehe, besteht darin, klarzumachen, dass es noch viel mehr Projekte gibt, die alle in die gleiche Richtung gehen und deshalb auch gemeinsam zu unterstützen sind. Es geht dabei nicht darum zu differenzieren, ob man nun auf diese oder jene Demo geht, sondern darum, seinen politischen Audruck und Willen für sich klarzuhaben und viele Aktionen zu unterstützen. Klar kann man nicht 24 Stunden auf der Straße sein. Und so viel, wie die Leute in letzter Zeit auf der Straße waren, waren sie vermutlich die letzten 8 oder 9 Monate nicht.

Rüdiger: Nochmal ergänzend: Es sind unterschiedliche Bereiche, die überhaupt erstmal Kontakte zueinander knüpfen müssen. Zum Beispiel St. Pauli-Fans, die sich zunächst über Flugblätter im Stadion politisiert haben. Die müssen dann auch erst Kontakt zu einer linken oder linksradikalen Szene finden, um mitzubekommen, dass da auch noch andere "Teilbereichskämpfe" laufen. Genauso ist es bei SchülerInnen und StudentInnen. Vom Schwarzmarkt hörte ich, dass der Laden in letzter Zeit wieder relativ viel genutzt wird. Die Leute müssen zunächst mitbekommen, wo es eine Infrastruktur gibt und wo sie Informationen finden. Das muss sich erstmal finden, und es kann nicht erwartet werden, dass sich das von Null auf Hundert hochkatapultiert und an allen Punkten immer gleichviele auf die Straße gehen.

Z: *Glaubt ihr, dass eine Vernetzung stattfinden wird und dass das, was jetzt entstanden ist, eine neue Qualität hat oder ist alles eher etwas zufällig?*

Gerd: Aus dem Zufall heraus ist es vielleicht entstanden, aber das muss ja nicht bedeuten, dass es auch wieder so zufällig verschwindet. Man hat jetzt einen Rahmen geschaffen, an dem man weiter arbeiten muss und man sollte die politische Qualität nutzen, um etwas zu verändern. Es ist auch die Frage, inwieweit sich die Gruppen annähern und zusammenfinden. Daran muss jetzt gearbeitet werden.

Rüdiger: Ich glaube, dass es Kaffeesatzleserei ist, zu fragen, ob das so weitergehen

wird. Es gibt einen Erfolg und zwar, den Senat gezwungen zu haben, auf eine Kommunikationsebene zurückzukehren. Das ist erstmal ein ganz klarer Sieg und ein Zeichen, dass es hier möglich ist, sich gegen Mißstände zu wehren. Wenn das bei den Leuten ankommt, kann ich mir vorstellen, dass noch mehr Sachen möglich sind. Momentan bin ich ganz optimistisch.

Volker: Es ist bereits eine Menge passiert, und ich denke auch, dass das so weiter geht. Dabei geht es schon lange nicht mehr um den Wagenplatz Bambule. Und das ist den Leuten auch klar: Es geht um die Scheisse, die hier passiert, und um die Verhältnisse in dieser Stadt.

Z: *Noch mal einen Schritt zurück. Was habt ihr euch überlegt, wie das laufen könnte, wenn ihr geräumt werdet. Was war euer Plan, auch konkret am Tag der Räumung?*

Volker: Unser Plan war natürlich, wieder Verhandlungen zu erzwingen, Plätze zu besetzen und dafür zu kämpfen, dass man wieder zusammen wohnen kann. Aber wie das laufen könnte, war nicht so genau absehbar. Jetzt wäre es schwierig, einen Platz zu besetzen, weil unsere Fahrzeuge bekannt sind, bei der nächsten Besetzung eingezogen würden und dann nicht wieder rauskämen.

Kurzfristig, am Tag der Räumung, war der Plan gewesen, eine Spontandemo anzumelden, diese so lange wie möglich durch die Innenstadt durchzuführen und dann irgendwo zusammen abzuparken. Dann ist alles anders gekommen als erwartet.

Gerd: Das gemeinsame Abparken war auf dem Campus geplant, wofür wir auch so eine Art Einladung hatten. Das hat dann die Polizei verhindert, und wir fanden im weiteren Verlauf immer neue Situationen vor, auf die wir erstmal reagieren mussten und deshalb nicht gut agieren konnten.

Z: *Im Nachhinein könnte man sagen, dass es ein Fehler war, dass ihr euch auf die Zusagen der Bullen verlassen habt und aus der Stadt herausgefahren seid.*

Volker: Zuallererst wollten sie uns gar nicht weiterfahren lassen und unsere Fahrzeuge beschlagnahmen. Es war dann das Verhandlungsgeschick von ein paar Leuten, dass wir uns überhaupt bewegen konnten. Das Problem war, dass kurz nach der Situation am Campus der Einsatzleiter gewechselt hat, und sich der Inhaber von der Shell-Tankstelle, wo wir als nächstes hin sollten, bei den Bullen beschwerte, dass wir da nicht bleiben könnten. Daraufhin haben die Bullen einen riesigen Kessel organisiert und gesagt, dass wir nirgends mehr hinfahren und sie uns über die Stadtgrenze hinaus eskortieren würden. In dieser Situation hatten wir keine andere Möglichkeit.

Gerd: Die Woche davor hatten wir auch die Aktionswoche organisiert und waren dann nach der Räumung den ganzen Tag in der Stadt unterwegs. Abends hat dann die Zermürbungstaktik der anderen Seite Wirkung gezeigt und uns hat die Kraft gefehlt, sich noch mal hinzusetzen und klar strukturiert zu erfassen, was die Gruppe jetzt will. Es war aber auch die Einschätzung von unseren Anwälten gewesen, dass das in Ordnung geht. Das war dann ein Fehler, weil: Traue keinem Bullen nicht. Bei allen Aktionen, die wir durchgeführt haben war es so, dass die Bullen etwas gesagt haben, dann ein Anruf von oben kam und dann alles wieder anders war.

Z: *Warum habt ihr euch in den Tagen nach der Räumung so vehemet gegen Mitlitanz anderer Leute ausgesprochen? Es gab da ja klare Ansagen von euch, dass ihr das nicht gut findet und Militanz ablehnt. Warum diese Distanzierung?*

Volker: Das stimmt so nicht. Es stand vielleicht in der Presse, aber wir als Gruppe haben uns nie von gewaltätigen Aktionen distanziert. Der Protest ist vielfältig, das ist auch gut so, und es ist jedem selbst überlassen. Das war eigentlich auch immer klar.

Rüdiger: Ich möchte als Unterstützer etwas dazu sagen. Auf meiner Seite ist das so auch überhaupt nicht angekommen. Es gab vielleicht mal eine räumliche Begrenzung, wo nichts passieren sollte. Angesichts der Vielfalt des Widerstandes und der Vielfalt der politischen Ziele, um die es geht, führt die Frage auch ein bisschen weiter von der Bambule weg. Inzwischen wollen diverse politische Gruppen ihren Forderungen Nachdruck verleihen, was mit Sicherheit an anderer Stelle, möglicherweise auch militant, noch deutlicher gemacht werden wird. Letztendlich lebt auch der Widerstand immer etwas davon, dass Dinge auch mal anders genommen werden als es in den Regularien steht und darüber ein politischer Druck aufgebaut wird. Das halte ich für unbedingt notwendig. Und da sollte sich auch unter den Gruppen, die hier jetzt zusammenarbeiten, niemand dran spalten lassen. Man kann dann bestimmt nochmal darüber reden, ob das eine oder andere richtig war. Aber man sollte den Leuten nicht die Wahl der Mittel von vornherein absprechen.

Auf der anderen Seite müssen wir Demonstrationen auf der Straße durchsetzen. Und dann müssen wir auch damit umgehen, dass wir es möglicherweise mit einer massiven Repression zu tun haben. Deshalb müssen wir an bestimmten Punkte auch zurückschlagen. Und das läuft eben nicht über einen "friedlichen" Widerstand.

Z: *Es ist ja auch so ein Klassiker, an der Militanz oder an der "Gewaltfrage" zu spalten. Was dann die bürgerliche Öffentlichkeit und ihre Medien betrifft, ist klar, das du dich da nicht unbedingt einfach so hinstellen und sagen kannst, was du gerade dufte findest. Vielleicht war es dann, abgesehen von der Pressekonferenz, nicht direkt Bambule. Aber es gab einige Demos, die dann über die Betonung, dass sie audrücklich friedliche Demostrationen seien, gelaufen sind. Das ging möglicherweise bereits einen Schritt zu weit. Man muss nicht gleich sagen, wir sind die bösen, militanten Autonomen aber andererseits auch nicht die eigene Friedfertigkeit und Unschuld heraushängen lassen. Das ging einigen auf die Nerven und in die Richtung einer Distanzierung.*

Volker: Dass es wohl tatsächlich an manchen Orten passiert ist, hatte auch seine Gründe. Allerdings wollten wir sicherlich nicht die eigene Friedfertigkeit und Unschuld heraushängen lassen. Und wie schon erwähnt, haben wir uns als Gruppe niemals vom entschlossenen und vielfältigen Protest distanziert !

Z: *Das ist dann wahrscheinlich auch den verschiedenen Strömungen innherhalb der Gruppe zuzuschreiben. Wobei wir da gleich bei einem weiteren Punkt wären, den wir noch ansprechen wollten. Nämlich diese Geschichte mit den "Heimatvertriebenen" und den Wurzeln im Viertel,* womit man sich *selbst ja ganz schnell in der Nähe der Sudetendeutschen begibt. Das ist vielen aufgestossen.*

Gerd: Diesen Kritikpunkt habe ich schon mal gehört und kann ihn völlig nachvollziehen. Dieses Statement will ich gar nicht erst der Bambule zuschreiben, und es hätten mit Sicherheit auch nicht alle Menschen so geäussert. So wie sich auch ein Bündnis für eine Demo bildet, wo dann Sachen formuliert werden, die man so nicht sagen würde.

Rüdiger: Das spricht auch eher nochmal dafür, dass wir uns nach innen verständigen müssen. Wobei ich es erstmal nicht problematisch finde, wenn jemand auf dem Lautsprecherwagen zu einer friedlichen Demonstration aufruft. Wenn das überproportioniert wäre und ein Teil der Demo sehr entschlossen ist und sie auch gegen eine Repression durchsetzen will, dann widerspricht sich das ab einem bestimmten Punkt.

Eine Sache noch zur Heimatvertriebenendiskussion: Was jetzt gerade vernachlässigt wird und was ich aber sehr positiv finde, ist, dass es eine sehr breite Solidarität aus dem Karoviertel gegeben hat. Zum Beispiel, dass sich Gewerbetreibende zusammengeschlossen und gesagt haben, dass die Bambule zurück ins Viertel kommen soll. Es ist nicht nur negativ, wenn man in dem Teil der Stadt, wo man lebt und möglicherweise eine andere Lebensform praktiziert als der Rest, einen relativ guten Kontakt hat. Über diesen Kontakt haben wir uns damals auch gefreut. Wir fanden es gut, dass es Leute im Viertel gab, die verfolgt haben, was da los war. Ob das nun Roma oder Romaverbände, Deutsche oder Nicht-Deutsche oder Gewerbetreibende gewesen sind. Sie hatten darüber, dass wir Wider-

stand geleistet haben, auch das Gefühl, dass die verschiedenen Umstrukturierungsmaßnahmen im Viertel letztlich auch sie selber treffen. Das bedeutet, mit seinem Umfeld in Kontakt zu treten und dort eine Auseinandersetzung zu führen. Das finde ich ganz fruchtbar.

Z: *Ich würde gern noch mal einen anderen Zugang versuchen, weil dieser Punkt über den Begriff Heimatvertriebene aufgemacht worden ist, der vieles vielleicht auch erst einmal zudeckt oder abkürzt. Es geht nicht darum, gleich bei den Sudetendeutschen zu landen, sondern es geht dabei mehr um die Geschichte, wie sie in der Schanze gelaufen ist. Wo es früher bei den Kämpfen gegen Umstrukturierung darum ging, den Widerstand in den Vierteln zu organisieren oder "unser" Viertel zu verteidigen. Diese Linie ist spätestens seit 1997, als die Drogenszene durch die Vertreibung in der Innenstadt mehr in den Stadtteil kam, immer mehr fragwürdig geworden, da es sich um eine Bezugnahme handelte, an die sich dann auch ganz leicht mit reaktionären Inhalten anknüpfen liess. Da hiess es dann nämlich auf einmal, dass man eben nicht die Drogenszene in "unserem" Viertel haben wolle. Die Frage, wie ein Lokalbezug in solchen Geschichten wie Bambule funktionieren kann, wäre nach unserer Meinung ebenfalls eine, die man diskutieren muss.*

Gerd: Man muss auch sehen, dass es nicht in ganz Hamburg so ist wie in diesen Vierteln, wo diese Lebensform so weit akzeptiert wird, dass man sie auch leben kann. Hier haben wir gesehen, dass das Karoviertel ein Ort ist, wo man diese Akzeptanz hat und dadurch viel ermöglicht wird, was in anderen Stadtteilen gar nicht denkbar wäre. Daher kommt dieser Bezug.

Z: *Unser Eindruck war, dass darüber aber auch Widersprüche, die es zwischen der Bambule und den AnwohnerInnen gab, etwas weggewischt wurden. Das war zu glatt: Wir in unserem Viertel, wo wir auch gewollt sind. Zum Beispiel, dass vor der Räumung die AnwohnerInnen der Bambule an Punkten auch egal waren.*

Gerd: Das stimmt mit Sicherheit. Als wir noch im Viertel gestanden sind, war es vielen Leuten erst einmal egal. Aber wir haben dann auch AnwohnerInnentreffen gehabt, wo viele Leute selber auf den Punkt gekommen sind, dass das, was jetzt Bambule betrifft, sie es als nächstes treffen kann. Da hat sich im Viertel selber was geändert. Die Leute denken darüber nach, was dieses Viertel darstellt und was es für sie selber darstellt. Was sie da wollen und warum sie da wohnen. Als ich dahin gekommen bin, gab es noch nicht so viele Strukturen wie jetzt.

Z: *Ihr seid ja jetzt in Verhandlungen mit der Stadt und habt mit dieser bzw. eurem Gesprächspartner Staatsrat Wellinghausen ein Stillhalteabkommen getroffen. Meint ihr, dass das Sinn macht?*

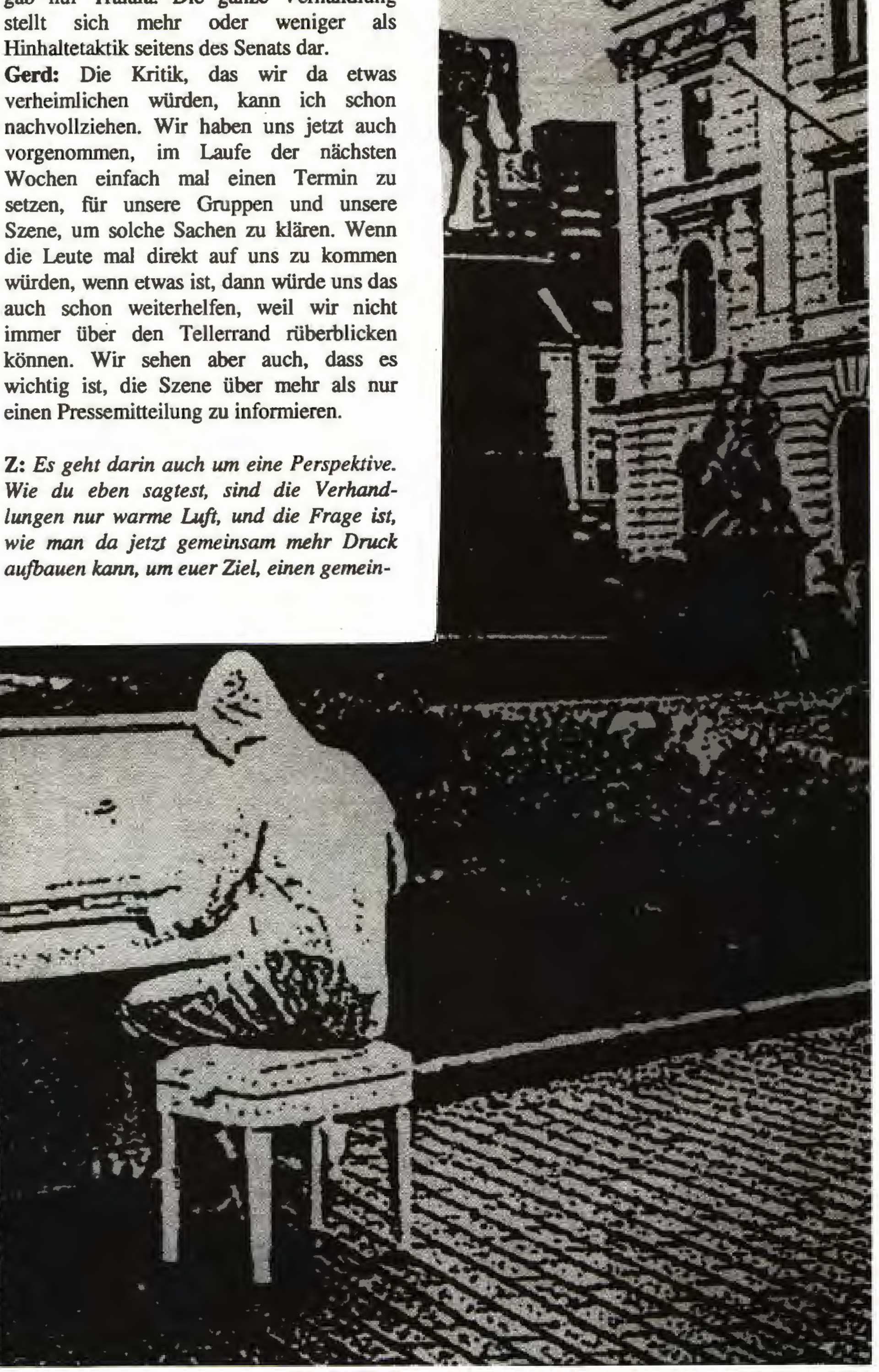
Volker: Wir haben überhaupt kein Stillhalteabkommen getroffen. Alles was da geredet wurde, wurde nach der ersten Verhandlung auf der Demo vorgelesen und es sind Presseerklärungen rausgegangen. Natürlich kann man das auch besser machen, was auch geplant ist. Aber es gibt einfach nichts, was wir nicht erzählen könnten, weil es einfach nichts gibt, was man erzählen kann. Wir sind mit unseren Forderungen, die bekannt sind, hineingegangen. Es gab aber keine konkreten Zu- oder Absagen seitens Wellinghausens. Es gab nur Tralala. Die ganze Verhandlung stellt sich mehr oder weniger als Hinhaltetaktik seitens des Senats dar.

Gerd: Die Kritik, das wir da etwas verheimlichen würden, kann ich schon nachvollziehen. Wir haben uns jetzt auch vorgenommen, im Laufe der nächsten Wochen einfach mal einen Termin zu setzen, für unsere Gruppen und unsere Szene, um solche Sachen zu klären. Wenn die Leute mal direkt auf uns zu kommen würden, wenn etwas ist, dann würde uns das auch schon weiterhelfen, weil wir nicht immer über den Tellerrand rüberblicken können. Wir sehen aber auch, dass es wichtig ist, die Szene über mehr als nur einen Pressemitteilung zu informieren.

Z: *Es geht darin auch um eine Perspektive. Wie du eben sagtest, sind die Verhandlungen nur warme Luft, und die Frage ist, wie man da jetzt gemeinsam mehr Druck aufbauen kann, um euer Ziel, einen gemeinsamen Platz zu erreichen. Wie wollt ihr das machen?*

Volker: Dazu soll auch dieses Treffen sein. Wir werden den Stand darlegen und hoffen, dass dann Kritik aber auch Ideen kommen und man das in dem Rahmen bespricht.

Z: *Wellinghausen soll auf die Forderung nach einer Bestandsgarantie aller anderen Wagenplätze geantwortet haben, dass das eine politische Frage und er nicht zuständig sei. Das ist doch Unsinn. Bausenator*



Mettbach hat sich auch zu Bauwagenplätzen geäussert, und es gibt keinen Grund, warum Wellinghausen nicht auch Positionen vertreten kann. Und unabhängig davon sind diese Verhandlungen doch insgesamt eine politische Angelegenheit. Ein Gelände für die Bambule oder eben nicht ist genauso eine politische Entscheidung. Seht ihr einen Weg, in den Verhandlungen damit noch mal weiter umzugehen?

Volker: Das ist auf jeden Fall auch weiterhin Bestandteil unserer Forderungen in den Verhandlungen. War es bis jetzt und wird es weiter bleiben. Da windet er sich immer raus und meint, dass sich die anderen Plätze an ihre jeweiligen Vertragspartner und zuständigen Bezirke wenden müssen. Er ist an dieser Forderung wahrlich schwer zu greifen. Er macht schließlich diesen Job auch nicht erst seit gestern.

Z: *Euch einen anderen Platz zu geben, wäre ja im Grunde eine politische Bankrotterklärung des Senats, dessen erklärtes Ziel es ist, alle Plätze in Hamburg aufzulösen. Wie schätzt ihr es realistisch betrachtet ein, einen neuen Platz zu bekommen?*

Gerd: Ich habe es eigentlich genau deshalb immer so eingeschätzt, dass es keine Möglichkeit gibt, einen neuen zu bekommen. Mittlerweile bin ich mir gar nicht mehr so sicher, weil dieser Senat eben nicht auf ganz so sicheren Beinen steht, wie er ursprünglich immer getan hat. Es ist eine Schwäche, die dieser Senat sich eingestehen muss und die Wellinghausen dadurch, dass er mit uns am Tisch sitzt, auch bereits bestätigt hat. Wieso sollte man mit jemanden verhandeln, dem man eigentlich keinen Platz zusprechen will. Da hat die Bewegung bereits an der Standfestigkeit des Senat gerüttelt, und da werden wir weiterrütteln.

Volker: In den Verhandlungen kam von Wellinghausen erstaunlicher Weise auch nie die Frage, wie es denn mit Wohnungen oder einem Haus wäre. Was ja vor der Räumung ganz stark Sache war: Wir stecken euch in Einzelwohnungen in Neuwiedental, ihr seid nicht obdachlos und alles ist wunderbar. Er hat immer nur gefragt, wieviel Leute wir sind und wie groß der Platz sein müsste usw. Ich persönlich glaube allerdings nicht, dass es uns gelingt, da noch mal einen Platz rauszuschlagen.

Gerd: Wenn irgendeine Entscheidung zu unseren Gunsten gefällt werden sollte, dann ist diese Entscheidung nicht an diesem Runden Tisch zu fällen, sondern auf der Straße.

Rüdiger: Es ist im Moment noch nicht 100%ig ausgemacht, inwiefern diese Verhandlungen zu einem Erfolg kommen. Festzuhalten ist, dass es auf jeden Fall ein Erfolg ist, sie überhaupt an den Verhandlungstisch gezwungen zu haben. Ob sie einem Platz wie auch immer zustimmen werden, in der Hoffnung, dem was sich in diesem Konflikt gerade entlädt, den Dampf zu nehmen. Oder ob sie hoffen die Verhandlungen bis Mitte/Ende Januar hinauszuzögern, um dann die Zeite der Flaute zu nutzen, die Verhandlungen wieder über Bord zu kippen, das ist noch nicht ausgemacht. Das hängt sicherlich auch ein bisschen von den jetzigen BewohnerInnen ab, ob sie den Senat mit der nötigen Energie und der Bewegung im Rücken dazu zwingen, zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Das wäre der zweite Erfolg, der erreicht werden könnte. Und der könnte dann auch allen, die sich hier in Hamburg politisch bewegen, Auftrieb geben. Zumal wenn dann diejenigen, die sich da einen Platz ausgehandelt haben, nicht ihren Mund zu allen anderen Mißständen in dieser Stadt halten.

Z: *Abschliessend, dann noch die obligatorische Frage, die auch schon angeschnitten wurde, was denn an dem Punkt, wo wir gerade stehen die Perspektiven sind und was als nächstes ansteht?*

Gerd: Für mich ist es wichtig, dass sich die Gruppen wieder zusammenfinden. Die Vernetzung muss wieder stattfinden. Es kann nicht darum gehen, dass es einen abgearbeiteten Punkt gibt und man sich wieder seinen Ruhestand verdient hat, sondern es geht um einen kontinuierlichen Prozess, in dem zwar nicht jeder Mensch immer 100% geben kann, sich aber darin aufhalten sollte.

Rüdiger: Ich finde es unabdingbar, dass zunächst die Leute von der Bambule einen neuen Platz haben müssen. Dann müsste das auf alle anderen Plätze hier ausgedehnt werden. Eine mögliche Richtung, in die das hier gehen kann, ist die Feststellung, dass verschiedenste Räume immer enger werden und dass die Leute merken, dass man sich zur Wehr setzen muss. Dieses zur Wehr setzen kann dann eben auch heissen, dass man sich Räume sucht, die nicht staatlich kontrolliert werden. Was zum Beispiel meinen könnte, dass sich Leute hier in Hamburg wieder Besetzungen in der einen oder anderen Art überlegen. Das wären dann auch wieder ganz praktische Punkte, wo Leute in ihrem Leben und Arbeiten feststellen können, was ihnen eigentlich wichtig ist, und es vielleicht was anderes gibt als die soziale Kälte, mit der wir es hier gerade zu tun haben.

Auch auf der Ebene der ganzen sozialen Projekte, die jetzt massiven Angriffen ausgesetzt sind, wären eine Menge politische Aktionen möglich, die noch mal viel aggressiver thematisieren, um was es geht. Man könnte sich ganz solidarisch mal eine Sozial- oder Arbeitsamtbesetzung überlegen, um klar zu machen, dass eine Massenabeitslosigkeit oder ein massives soziales Elend, mit dem wir es zu tun haben, keine "marginalisierten" Probleme sondern gesellschaftliche Realität sind, die sich aus den Verhältnissen ableiten. Da sehe ich durchaus Chancen, wenn die Leute in den sozialen Einrichtungen merken, dass es möglicherweise in Konfrontation mit der herrschenden Politik gehen muss. Das wäre eine Perspektive, an der ich Interesse hätte und auch ausbauenswert fände. Das könnte nämlich auch bedeuten, dass hier gesellschaftliche Verhältnisse mal im größeren Maßstab ins Wanken geraten.

Ich glaube, wir alle sollten mal wieder unsere Blicke etwas weiten und schauen, wo wir uns solidarisch in Kämpfe von anderen Leuten einklinken können und nicht immer nur gucken, wo es uns gerade an den Arsch geht. Dafür ist die Auseinandersetzung um die Bambule ein total gutes Beispiel. Es haben sich relativ viele Leute solidarisch zur Bambule verhalten und versuchen weiterhin, mit ihr zusammen etwas durchzusetzen. Den Senat ins Kippen bringen wäre ein mittelfristiges Ziel und auch darüber hinaus wäre schon noch was möglich.

Z: *Wir bedanken uns für das Gespräch.*



Rechtspopulismus in Hamburg

Die Hoffnungen, dass der Hamburger CDU-FDP-Schill-Senat im Herbst 2001 sich an seinen inneren Widersprüchen binnen Jahresfrist zerreiben würde, haben sich offensichtlich nicht erfüllt, mal ganz abgesehen von der Frage, was man sich als akzeptable Alternative wünschen soll... . Fakt ist, dass der Wunsch nach Machterhalt den haltbaren Kitt innerhalb des Dreier-Bündnisses bildet. Die Schillpartei, deren WählerInnenpotential sich seit September 2001 etwa halbiert hat und die zum politischen Überleben den Skandal braucht wie der Fisch das Wasser, konnte die Koalition bisher nicht real gefährden. Selbst Schill, den die mopo jüngst noch als Peinlichkeit des Jahres 2002 notierte, wird trotz fachlicher Inkompetenz und politischer Durchgeknalltheit im Zweifelsfall durch konsequentes Nichterwähnen in der Springerpresse „geschützt". Besonders deutlich wird diese Strategie im Zusammenhang mit dem Bambule-Konflikt, der spätestens seit Anfang Dezember zur Niederlage für Schill wurde. Seine markige Ankündigungen, er werde den „Chaoten" entschieden entgegentreten und den Protest durch massive Polizeieinsätze beenden, ist auf ganzer Linie gescheitert. Die autonome Szene ist so vital und im Wortsinne angriffslustig, wie seit Jahren nicht mehr. Hieße Schill jedoch z.B. Scholz, die Springerpresse wäre schon längst über ihn hergefallen und hätte seinen Rücktritt gefordert. Es ist deutlich, dass die politisch-wirtschaftlichen Machteliten dem amtierenden Senat den Rücken frei halten und ihn trotz Schillpartei stützen.

Innerhalb der Linken in Hamburg ist über die Frage der strategischen Bedeutung der Machtverhältnisse in der Stadt wenig bis gar nicht debattiert worden. Auch das im Konkretverlag erschienene Buch über Schill „Der Rechtssprecher" von Marco Carini und Andreas Speit ist in erster Linie ein journalistischer Versuch einer am Medienphänomen 'Schill' orientierten Analyse.

Insofern stellt der Text der Gruppe demontage vom Oktober letzten Jahres den einzigen uns bekannten Versuch einer grundsätzlicheren theoretischen Annäherungen an die derzeitigen politischen Verhältnisse dar. Wir bedauern in diesem Zusammenhang, dass der Text passagenweise nicht das ist, was man unter anregender Theorielektüre versteht. Aber: für die Einschätzung, ob u.a. die Schillpartei ein einmaliges und auf Hamburg begrenztes Phänomen bleibt oder den Prototyp für eine langfristige autoritäre Formierung der politischen Verhältnisse in Hamburg und u.U. auch darüber hinaus darstellt, liefert der Text wertvolle Anregungen. Zum einfacheren Einstieg wollen wir kurz eine der zentralen theoretische Voraussetzung schlagwortartig anreissen. Theoretischer Ausgangspunkt des Textes sind grundsätzliche Vorstellungen darüber, wie in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern bzw. deren Zentren wirtschaftliche und soziale Krisen „gelöst" werden. Diese Lösungsversuche lassen sich als „Regulationsformen" bzw. „-ansätze" beschreiben. Je nach politischer Schwerpunktsetzung lassen sich vier Grundmuster beschreiben, deren Lösungshorizonte grob so beschrieben werden können: der „revanchistische", der auf law-and-order-Politik setzt; der „modernististische", der unter dem Globalisierungsgedanken auf private Initiative und Rückzug des Staates aus gesellschaftlichen Aufgaben setzt; der „altfordistische", der durch klassische Maßnahmen wie staatliche Beschäftigungssicherungen und Wohlfahrtsleistungen interveniert; schließlich der „alternative", der basisdemokratische Teilhabe mit anderen egalitären Strategien zur Krisenbewältigung einsetzt, ohne dabei natürlich wirklich die „Systemfrage" zu stellen. Vor diesem Hintergrund versucht demontage eine Einschätzug der Politik des aktuellen Senats. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass der Text noch vor den Ereignissen der Bambule-Räumung entstanden ist.

Wir würden uns über Reaktionen auf diesen Text freuen, eine fundierte Einschätzung der Machtverhältnisse in Hamburg ist grade im Zeichen der letzten Wochen wichtiger denn je!

Die Zeck-redaktion

Im Juli letzten Jahres veröffentlichten wir den Text „Städtische Modernisierung und Restlinke – Zur Auseinandersetzung um die Rote Flora in Hamburg" (www.demontage.org). Zwischenzeitlich wurde die rot-grüne Regierung in Hamburg abgewählt und durch eine Koalition zwischen CDU, FDP und der rechtspopulistischen Schillpartei ersetzt. Auch in den bürgerlichen Medien wird in der jüngsten Zeit diskutiert, inwieweit es sich um einen Gezeitenwandel handelt, da in den meisten europäischen Staaten rechtspopulistische Parteien enorme Stimmenzuwächse verzeichnen können oder sogar an die Macht gelangen.

In unserer damaligen stadtpolitischen Analyse bestimmten wir unter anderem vier in Hamburg anzutreffende städtische Regulationsstrategien: eine kleinbürgerlich-revanchistische Richtung, einen altfordistischen Re-Regulierungsansatz, eine alternativ-integrierende Tendenz und ein modernistisches weltmarktbezogenes Regime. Auch wenn wir in dieser Analyse vor der Hamburger Wahl die breite Basis für eine revanchistische Strömung von der CDU und der rechten SPD über das Lager der NichtwählerInnen bis hin zu Teilen des alternativen Milieus beschrieben, so waren wir doch überrascht von dem großen Erfolg der Schillpartei. Diese gewann auf Anhieb 19,4 % der Stimmen. Was sagt dieser politische Umschwung über die ökonomische Situation und die mögliche weitere politische Entwicklung aus?

Der heutige Rechtspopulismus hat seine Klassenbasis im vom realen oder vermeintlichen Abstieg bedrohten Kleinbürgertum und in wesentlichen Teilen des deklassierten Proletariats. Die Schillpartei erzielte 2001 vor allem in den ArbeiterInnengebieten und in ländlichen Gebieten im Süden der Stadt ihre höchsten Gewinne und schnitt ganz allgemein unter jüngeren und älteren Männern gut ab. Dabei ist zu beachten, daß in den proletarischen Vierteln das Wahlergebnis anders aussehen könnte, wenn der dortige große Anteil n MigrantInnen, die kein Wahlrecht besitzen, mitwählen könnte. Unterdurchschnittlich erfolgreich war die Schillpartei dagegen in urban-bürgerlichen Wohngebieten des städtischen Zentrums. In den Milieus der gehobenen Mittelklasse und des Großbürgertums im Norden und Westen der Stadt, den Reservoirs des liberal-konservativen Geldadels der Stadt, erlangte die Schillpartei noch bis zu 13 % der Stimmen. Die Wählerschaft der Schillpartei rekrutiert sich in ihrer räumlichen Verteilung also wesentlich aus ehemals proletarischen Hochburgen der SPD und ländlich-kleinstädtischen Gebieten wie den Vier- und Marschlande. Die Schillpartei stärkt das traditionell schwache, konservative Lager der Stadt außerdem dadurch, daß es ihr gelang, neben bürgerlich-konservativen und rechten SPD-WählerInnen auch fast alle WählerInnen rechtsextremer Parteien und viele NichtwählerInnen zu sich zu ziehen.

Im Unterschied zur Mehrheit ihrer WählerInnen ist der Funktionärskörper der Schillpartei dagegen von aufstiegsorientierten Kleinbürgern und Selbständigen geprägt, insbesondere Kaufleuten und Rechtsanwälten. Auch wenn die Schillpartei nicht mit der NSDAP zu vergleichen ist, hat diese Konstellation insofern einige Ähnlichkeiten zum Aufstieg der NSDAP als Partei. Keine Übereinstimmung besteht darin, daß es sich bei der Schillpartei um eine hochorganisierte Bewegung handeln würde. Sie ist bisher eine Wahlpartei, die auf die Unterstützung der konservativen Medien des Springerkonzerns angewiesen ist, um ihr Klientel zu erreichen. Von der faschistischen Rechten unterscheidet die Schillpartei auch, daß sie keinen übergreifenden Gesellschaftsentwurf besitzt, sondern sich im wesentlichen auf das repressive Element beschränkt. Im wesentlichen vertritt sie die Position, daß

ihre Politiker die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen würden und diese ihr praktisches Handeln danach ausrichten würden. Die Schillpartei spricht dabei angeblich aus, was die etablierten Parteien nicht zu äußern wagen. Diese Anschlußfähigkeit an autoritär-konservative Grundströmungen läßt die Schillpartei treffend als populistisch erscheinen.

Steuerung des Weltkapitals unmöglich

Die soziale Situation spricht in diesem Zusammenhang eine deutliche Sprache: Mit dem Umbau des fordistischen Sozialstaates zur Workfare-Agentur werden diejenigen von staatlichen Reproduktionsleistungen ausgeschlossen, die nicht jede schlecht bezahlte Arbeit annehmen wollen. Dies betrifft ganz überwiegend die ArbeiterInnenklasse, während sich die Mittelklassen überwiegend „nur" mit Abstiegssorgen plagen. Diese existentiellen Bedrohungen und die damit einhergehende Zunahme der Armut (ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung verfügt nicht mehr über die Hälfte des Durchschnittseinkommen) stellen die eine Seite der sozioökonomischen Entwicklung dar.

Gleichzeitig ist es so, daß dieser Verschärfung der Klassenauseinandersetzung von links kaum etwas entgegen gesetzt wird. Während das Kapital durch zunehmend global vernetzte Produktionsprozesse die VerkäuferInnen von Arbeitskraft weltweit in Konkurrenz setzen kann, fehlt den ArbeiterInnen über soziokulturelle Unterschiede hinweg die Perspektive, wie sie sich dagegen international assoziieren können. Ebenso verfügt die Linke nicht im Ansatz über ein Konzept, wie aus dem Kapitalismus eine sozialistische nichtwarenförmige Gesellschaft aufgebaut werden kann. Der vergangene Realsozialismus führte allseits bekannt nicht in die freie Assoziation der ProduzentInnen. Auch unter einem reformistischen Blickwinkel ist nicht ersichtlich, wie ein Weltstaat aussehen sollte, der den sozialen Desintegrationsprozessen durch einen makroökonomischen Regulationsansatz erfolgreich begegnet. Bezogen auf die unter diesen Voraussetzungen bestehenden staatlichen Handlungsmöglichkeiten ist es so, daß vom Hamburger Landeshaushalt nicht mehr als 5 bis 10 % der Mittel nach politischen Prioritäten eingesetzt werden können. Solange das Kapital seinen Mobilitätsvorsprung verteidigen kann, wird sich daran grundsätzlich nichts ändern, da seine anteilige Besteuerung bei Androhung von Kapitalflucht nicht wesentlich erhöht werden wird.

Die in der Bevölkerung weitverbreitete Feststellung, daß die herrschenden Politiker nichts bewegen würden und somit unerheblich ist, welche Partei an der Macht ist, hat so genommen reale Anknüpfungspunkte. Die beiden Volksparteien SPD und CDU, in Hamburg insbesondere die SPD, verloren vor diesem Hintergrund ab den achtziger Jahren immer mehr WählerInnen an die Gruppe der NichtwählerInnen und an rechtsextreme Gruppierungen (DVU und Republikaner kamen 1997 hamburgweit zusammen auf 8 %). Auch sinkt der Anteil der StammwählerInnen bei den großen Parteien. In ihrer inhaltlichen Ausrichtung orientieren sich CDU und SPD gleichermaßen an dem modernistischen Paradigma einer vorbehaltlosen Ausrichtung auf die Weltmarktkonkurrenz unter Zuhilfenahme von Deregulierung und Flexibilisierung.

Auch bei der Repressionspolitik unterscheidet sich das Vorgehen von Schily im Bund und Scholz in Hamburg zunächst nicht grundsätzlich von den Ansätzen der CSU in Bayern oder der Schillpartei. Unterschiede lassen sich zwischen dem konservativen und dem sozialdemokratischen Block teilweise noch in der Bürgerrechtspolitik oder in Ansätzen zur sozialen Integration erkennen. Die etwas liberaleren Ansätze von Rot-Grün in der Einwanderungspolitik müssen jedoch ebenfalls als Beitrag zur ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden. Die jetzt in Hamburg vom Rechtsblock vorgenommenen und noch zu erwartenden Kürzungen im sozialen Bereich, insbesondere für Jugend-, Frauen- und MigrantInnenprojekte und bei Beschäftigungsgesellschaften, wären so von Rot-Grün nicht zu erwarten gewesen. Im Kernbereich des Sozialstaates, der Sozialhilfe, hatte die rot-grüne Regierung in der letzten Legislaturperiode jedoch schon so weitgehende Einsparungen vorgenommen, daß sich für den gegenwärtigen Rechtssenat kaum noch Einsparmöglichkeiten ergeben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß sich die in Hamburg abgewählte rot-grüne Regierung bei Unterordnung unter das modernistische Regime auch der revanchistischen, altfordistischen und alternativen Regulationsformen bediente. Der Hamburger Rechtssenat setzt dagegen fast ausschließlich auf eine Kombination modernistischer und revanchistischer Strategien. Das Herrschaftsinstrumentarium von Rot-Grün war somit gesellschaftlich umfassender und damit auch flexibler. Für den zweidimensionalen Ansatz des Rechtsblockes spricht dagegen dessen größere Stringenz nach innen und außen sowie die Tatsache, daß sich im Bereich der sogenannten Sicherheitspolitik noch allgemein wahrnehmbar eingreifen läßt. Wenn der Rechtssenat DrogenkonsumentInnen und Obdachlose vom Hauptbahnhof vertreibt oder mehr geschlossene Haftplätze baut, dann signalisiert dies zumindest oberflächlich Handlungsfähigkeit.

Die breiten, bunten und für Hamburger Verhältnisse relativ großen Protestdemonstrationen von mehr als 10.000 Leuten gegen die Sparpolitik des Rechtssenates im sozialen Bereich spiegeln diejenigen Segmente der Gesellschaft, welche die alternativen und altfordistischen Regulationsformen unter der letzten Regierung getragen haben. Obwohl Rot-Grün mit seinem vielfältigen Ansatz eigentlich eine breitere gesellschaftliche Ausgangsbasis besitzen sollte, haben sie gleichwohl die Wahlen vor einem Jahr verloren. Liegt dies vor dem skizzierten sozio-ökonomischen Hintergrund daran, daß breitere Teile der Bevölkerung und die herrschenden Eliten, insbesondere unter Nutzung der veröffentlichten Meinung, eine so eindeutige Verengung auf autoritäre Muster vollzogen haben, auch in wesentlichen Teilen der gegenwärtigen WählerInnenschaft der SPD, daß eine unter Weltmarktbedingungen erfolgreiche Wirtschaftspolitik der SPD abgewählt wird, weil sie neben der revanchistischen auch die sozialintegrative und alternative Karte gespielt hat?

Jenseits des liberalen Rechtsstaates

Eine Annäherung an die Beantwortung dieser Frage ergibt sich unter Umständen daraus, wenn näher beleuchtet wird, in welchen Bereichen die jetzige, unter dem Hamburger SPD-Bügermeister Voscherau Anfang der 90er Jahre begonnene, Hamburger Innen- und Justizpolitik über die ehedem von der SPD verfolgte Linie hinausgeht. Im Strafvollzug will Justizsenator Kusch von der CDU an süddeutsche Verhältnisse anknüpfen, indem massiv geschlossene Knäste ausgebaut werden und eine abschreckende sowie strafende Gefangenschaft laut Kusch als „übelzuführend" propagiert wird. Dies schließt eine herkömmliche Resozialisierungsabsicht aus. Gleichzeitig wird durch den Abbau von Spritzenautomaten die Gesundheit der Gefangenen gefährdet.

Nach dem Tod des vermeintlichen „schwarzen Intensivdealers" Achidi John im Dezember 2001 durch einen Brechmitteleinsatz war aus der Bürgerschaftsfraktion der Schillpartei und aus dem Munde des konservativen Justizsenators zu hören, daß „Dealer, die durch Drogenverkauf das Leben anderer gefährden hinnehmen müssen, daß ihr Leben durch Brechmitteleinsätze gefährdet wird". Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses der Hamburger Bürgerschaft, ebenfalls ein Schillianer, plädierte kürzlich dafür, nichtdeutsche HIV-Positive, Hepatitis- oder TBC-Kranke zu "internieren". Der zweite Bürgermeister Schill ließ mehrmals verlauten, zuletzt in seiner Rede als Vertreter Hamburgs vor dem Bundestag, daß MigrantInnen den „deutschen Wohlstand verfrühstücken würden".

Offensichtlich wird mit solchen Positionen der gültige bürgerlich-rechtsstaatliche Konsens verlassen beziehungsweise neu definiert und als bürgerlich-autoritärer nach rechts verschoben, wenn der Verlust des grundlegendsten Menschenrechts, jenes auf Leben, damit gerechtfertigt wird, daß verbotene Substanzen verkauft werden.

Auch ist es bisher noch nicht so, daß einer vermeintlichen Gefahr für die öffentliche Gesundheit damit begegnet wird, daß diejenigen, die keinen deutschen Pass haben, ihre Freiheit verlieren, während die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin als vermeintliche Infektionsüberträger durch die Stadt laufen darf. Die Äußerungen von Schill zur Produktion und Konsumtion des Wohlstandes in der Bundesrepublik sind schlicht demagogisch. Eine faktische Einwanderungspolitik gibt es in der Bundesrepublik u.a. deshalb, weil junge Frauen und Männer, die zum Leben oder Arbeiten nach Deutschland kommen, hier keine Erziehungs- und Ausbildungskosten verursachen und deshalb überdurchschnittlich zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen.

Wie unter Rot-Grün wird auch vom Rechtssenat der weltmarktbezogenen Wachstumsstrategie Priorität eingeräumt. So ließ CDU Bürgermeister Beust nach der Forderung, Kranke zu internieren vernehmen, daß durch solche Vorschläge nicht der Ruf der „Weltstadt Hamburg“ gefährdet werden dürfe. In der Aufregung nach dem Auftritt von Schill vor dem Bundestag ging es der CDU zunächst wiederum nur darum, daß das Ansehen Hamburgs durch die Art des Auftrittes Schaden litte, da er sich über die Anweisungen der Bundestagsleitung hinweggesetzt habe. Erst in einer zweiten Runde der Auseinandersetzung folgte zum ersten Mal ein inhaltliches Argument, wonach „ausländerfeindliche Äußerungen dem weltoffenen Charakter Hamburgs schaden würden“. Vor dem Hintergrund, daß die Hamburger Wirtschaft als Handels- und Dienstleistungszentrum wesentlich vom internationalen Austausch lebt, sind solche Äußerungen nicht überraschend. Sie machen jedoch allen, gerade den Betroffenen, klar, daß es sich dabei nur um ein instrumentelles Verhältnis handelt. Insofern kann für die augenblickliche Situation festgehalten werden, daß repressiv-revanchistische Elemente so weit ausgebaut werden dürfen, wie sie die Wachstumsstrategie nicht zurückwerfen bzw. insofern sie dazu beitragen, die Weltmarktstrategie durch eine autoritäre Ausrichtung zu flankieren. Noch testet die Schillpartei diese Grenzen nur aus und lässt sich auch aus Gründen des Machterhaltes einbinden.

Vor dem geschichtlichen Hintergrund des deutschen Nationalsozialismus und den Faschisierungsthesen aus den siebziger Jahren (demnach diente die parlamentarische Demokratie in Erwartung kommender Kämpfe der ArbeiterInnenklasse nur noch als Fassade, indem durch den Abbau demokratischer Rechte die Voraussetzungen für eine faschistische Diktatur geschaffen werden sollten) müßte jedoch auch die Frage beleuchtet werden, inwieweit aus einer im wesentlichen flankierenden Funktion revanchistischer Regulationsmechanismen eine darüber hinausgehende Eigendynamik entstehen kann oder bereits gegenwärtig absehbar ist.

Festgestellt werden kann, daß seit der Notstandsgesetzgebung 1968 bis zum letzten „Sicherheitspaket“ der sozialdemokratisch-grünen Bundesregierung kontinuierlich die Befugnisse der Polizei und Geheimdienste ausgebaut und die politischen Freiheits- und Schutzrechte vom Demonstrations- bis zum Asylrecht eingeschränkt wurden. Diese Entwicklung widerspricht nicht der Tatsache, daß in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen liberale Modernisierungen zum Tragen kommen können. Schwulen und Lesben wurden jetzt von der Bundesregierung mehr bürgerliche Rechte zuerkannt, während die Werbung oder ganze Industriebranchen schon seit Jahren auf sie abzielen. Der öffentliche Ordnungswahn in Singapur oder das auf einer Lagerökonomie beruhende Gefängnissystem in den USA zeigen jedoch, daß eine erfolgreiche Weltmarktkonkurrenz auch unter teilweise äußerst repressiven Bedingungen möglich ist.

Hegemonie der autoritären Formierung

Ab einem gewissen Grad gewinnen die vielen einzelnen innenpolitischen Verschärfungen in ihrer Gesamtheit eine neue Qualität, hin zu einer autoritär formierten Gesellschaft. Diese verläßt den Rahmen einer liberalen Demokratie. Nicht mehr die Verwirklichung formaler bürgerlicher Freiheitsrechte stünde im Vordergrund, sondern die gewollte und erzwungene Unterwerfung unter einen starken, ordnenden und strafenden Staat. Der von Joachim Hirsch ab den 70er Jahren beschriebene "Sicherheitsstaat" würde in eine autoritäre Zurichtung der Gesellschaft übergehen. Eine solche Situation wäre noch nicht mit einem faschistischen Regime gleichzusetzen, das neben seiner Massenbasis auch auf offenem und allumfassenden Terror beruht. Ein autoritäres Regime, einschließlich einer ideologischen Massenbasis, könnte jedoch



gegebenenfalls einen weiteren Schritt in diese Richtung darstellen oder schon genuin faschistische Elemente einflechten.

Ob wir uns bereits in einer autoritär formierten Gesellschaft befinden oder sich eine schwer umzukehrende Tendenz in diese Richtung abzeichnet, vermögen wir zur Zeit nicht eindeutig festzustellen. Wenn die europaweite Zunahme revanchistischer Tendenzen Ausdruck einer kapitalistischen Verwertungskrise ist, dann spräche dies dafür, daß gegenwärtige oder zukünftige autoritäre Regime eine nicht unerhebliche Tendenz zum Übergang in eine faschistische Form entwickeln könnten. In Zeiten, in denen Gesellschaften gänzlich ökonomisch und sozialpolitisch auseinander zu fallen drohen, werden von herrschender Seite mit einer gewissen Regelmäßigkeit diktatorische beziehungsweise staatsterroristische Vorgehensweisen erwogen, um die Situation politisch zu stabilisieren. Während die europäischen Faschismen des 20. Jahrhunderts nicht unwesentlich auf die Zuspitzung von offenen Klassenkämpfen zurückgeführt werden können, ist die gegenwärtige Situation in den westlichen Industriestaaten überwiegend von einer sozialen Fragmentierung geprägt.

Die faschistische „Lösung“ einer Verwertungskrise wäre um so leichter durchzusetzen, desto mehr auf einen schon etablierten autoritären Konsens zurück gegriffen werden könnte und die Linke, wie derzeit, politisch schwach ist. Stehen die gegenwärtigen revanchistischen Tendenzen dagegen eher im Zusammenhang mit dem grundsätzlichen Kräfteverhältnis von Arbeit und Kapital im Postfordismus, dann könnten autoritäre Regime gegebenenfalls zu einer dauerhafteren und stabilen Erscheinung werden. Dann dient ein autoritäres Regime nicht primär dazu, ggf. Grundsteine für einen neuen Faschismus zu legen, sondern gewährleistet vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Machtposition des Kapitals, dass die soziale Fragementierung und Polarisierung nicht in einer politischen Krise und dem Wiederaufflammen von offenen Klassenkämpfen mündet.

Aus unserer Sicht spricht mehr für den zweiten Entwicklungszusammenhang. Wir trauen dem postfordistischen Kapitalismus weiterhin ein gehöriges Entwicklungspotential zu. Seine Flexibilisierungs- und Vernetzungsmöglichkeiten scheinen uns noch lange nicht erschöpft. Aber wer weiß, ob es wirklich so ist, irgendwann kommt die nächste Verwertungskrise. Im historischen Rückblick wird deutlich, daß die grundlegenden Verwertungskrisen des 20. Jahrhunderts, in den Jahren 1923-29 und 1972-74 erst mit einem Abstand von mehreren Jahren als solche erkannt wurden. Zu dem Zeitpunkt, als klar wurde, daß sich ein neues Akkumulationsregime durchsetzte waren die korrelierenden Regulationsformen schon im Ansatz etabliert, so daß sie im politischen Kampf nicht mehr grundsätzlich negiert wurden. Unter den Bedingungen einer Krise kann die Bestimmung der Klasseninteressen auch dazu führen, daß nach Antworten quer oder außerhalb des scheinbar vorgegebenen Rahmens gesucht wird. Argentinien steht dafür zur Zeit als Beispiel. Es kann aber auch zu autoritär-marktradikalen Einschnitten kommen, wie unter der Diktatur Pinochets in Chile, die beispielgebend war. Staatsreformistische Ansätze wie ehemals in Nicaragua sind dagegen regelmäßig einem äußeren politischen und unter Umständen. auch militärische Druck ausgesetzt. Sich unter den Voraussetzungen einer Verwertungskrise von links zugleich der herrschenden ökonomischen als auch der politischen Logik zu widersetzen, das heißt sowohl anti-staatlich und anti-kapitalistisch zu agieren, ist ungemein schwer. Denn die relativ freie Dynamik des sozialen Kräftespiels mündet bei einer Zuspitzung eher in autoritären oder faschistischen Entwicklungslinien, da diese eine unmittelbare Beruhigung der Situation versprechen.



Spannend ist in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwieweit die revanchistisch-modernistischen Regulationsformen die eigentlich hegemoniale Form des postfordistischen Akkumulationsregimes darstellen. Der Fordismus war im weiteren Sinne ein sozialdemokratisches Zeitalter, einschließlich seiner sozialkonservativ-korporatistischen Regimes. Der Neo-Konservativismus von Reagan, Thatcher bis Kohl brach das fordistische Regime auf, während sich die Versuche von New Labour bis Rot-Grün als daran anknüpfende Modernisierungsversuche erweisen sollten. Bisher waren wir davon ausgegangen, daß sich im Postfordismus noch kein hegemoniales Regulationsmuster herausgebildet hat. Vielleicht besteht dies nun darin, daß regionale und betriebliche Korporatismen in weltweiter Konkurrenz im wesentlichen autoritär in ethnisierten oder nationalistischen Formationen zusammen gehalten werden. Die durch die Weltmarktkonkurrenz verstärkte soziale Fragmentierung führt im amerikanischen Weg zu einer Verschärfung der autoritären Segregation und einer sozialen Disziplinierung durch Armut. Das europäische Modell scheint auf die repressive Durchsetzung einer neuen Homogenität hinauszulaufen. Mit diesen unterschiedlichen Wegen würde auch deutlich, daß sich aus der ökonomischen Umstrukturierung nicht die Form der autoritären Regime ableiten ließe, sondern nur deren Tendenz zur Durchsetzung im herrschenden Interesse. Die hegemoniale Formierung, die sich dann abzeichnen würde, wäre eine neue Identität von sozio-ökonomischer Basis und politischer Formierung, ein von oben und unten getragenen allmächtigen Leviathans.

Der Hamburger Rechtssenat unter CDU und Schillpartei trägt das seine zu einer solchen Formierung der Gesellschaft bei. Wir hoffen, daß die Problematik einer autoritären Formierung, unabhängig davon, welche Parteienkonstellation sie betreibt, weiterhin kritisch in der Linken untersucht und diskutiert wird. Und dies ohne, daß vorschnell eine Faschisierung festgestellt wird oder vor lauter zivilgesellschaftlicher Rhetorik die Gefahren der gegenwärtigen Entwicklung nicht gesehen werden.

gruppe demontage, Hamburg im Oktober 2002

942 - keine Festnahme unter dieser Nummer!?

Seit 1990 existiert in Hamburg eine „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit", die der Bereitschaftspolizei zugeordnet ist. Sie ist der 4.Hundertschaft angeschlossen und bildet dort den 2. Zug, woraus sich die Kennung 942 ergibt (die 9 steht für die Bereitschaftspolizei). Die Gründung der 942-Einheit geht auf die polizeilichen Erfahrungen mit (Groß-)Demonstrationen zurück, bei denen es den eingesetzten Kräften der Bereitschaftspolizei nur selten gelang, nach Aktionen, die aus Demos heraus liefen, am Ende der Öffentlichkeit Festnahmen präsentieren zu können. Die Polizei stand vor dem Problem, dass die geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei viel zu unflexibel und zu wenig geschult waren, gerichtverwertbare Ergebnisse zu produzieren.

In der Praxis lief das für die Polizei meist so ab: im Rahmen einer größeren Demo mit etlichen tausend TeilnehmerInnen und einem großen „schwarzen" Block wurden irgendwelche Scheiben entglast; einige Bereitschaftspolizisten meinen Leute dabei erkannt zu haben - das meldet der Gruppenführer dem Zugführer, der reicht es an den Hundertschaftsführer weiter. Letzterer muss dann mit der Einsatzleitung Rücksprache halten, ob es einsatztaktisch gerade opportun ist, vermeintliche TäterInnen abzugreifen. Dabei muss die Einsatzleitung abwägen, ob es nun eine besonders gute Idee ist, z.B. mitten in der Innenstadt in eine Demo reinzurockern, um einige Leute festzunehmen und damit möglicherweise für eine Eskalation der gesamten Situation zu sorgen. Das Ende des polizeilichen Funkkonzerts war dann oft, dass bis auf weiteres Maßnahmen zu unterlassen waren. Sollten dann in einer „günstigeren" Situation doch noch Festnahmen gelingen, waren die Ergebnisse am Ende nicht wesentlich effektiver, denn die Aussagen der Bereitschaftspolizisten und deren Zeugenberichte sowie die Frage der sicheren Wiedererkennung waren meistens haarsträubend mies.

Um diesen aus polizeilicher Sicht Missstand zu beenden, wurden bundesweit Überlegungen zur Schaffung von Spezialeinheiten angestellt, die für mehr Effektivität bei der Festnahme sorgen und vor allem die spätere Verurteilung von „gewalttätigen Störern" sicherstellen sollten. In Hamburg wurde zu diesem Zweck besagte 942 aufgebaut, ihre ersten Einsätze hatte diese Einheit dann Anfang 1991 während der damaligen Golfkriegsdemos. Ein Teil der 942-BeamtInnen ging in der Demo in Zivil, d.h. in szenetypischen Aussehen mit. Ausgerüstet mit verdeckt getragenen Funkgeräten hielten sich die BeamtInnen im der Nähe von Zusammenhängen/Gruppen auf, die im Rahmen einer Vorfeldaufklärung als „potentielle Störer" erkannt wurden. Außerhalb wird die Demo von weiteren Aufklärungskräften begleitet, die zusätzlich mit Foto- bzw. Videokameras ausgerüstet sind, und deren Aufgabe es ist, mögliche Aktionen und vor allem die daran Beteiligten abzufilmen. Weiterhin halten sich mit entsprechenden Dokumentationsmöglichkeiten 942-BeamtInnen an Örtlichkeiten auf, an denen aus polizeilicher Sicht u.U. Aktionen laufen könnten (Banken, Konzernfilialen, Behörden u.ä.). Diese Orte im Zusammenhang mit einer Demo werden nach einem Raster von sogenannten „Bezugs-, Symbol-, Ausweich- und Ersatzobjekten" bestimmt. Die Observationskräfte nun beobachten und begleiten die Demo, sie sind geschult, sogenanntes „Tat und Täterverhalten" frühzeitig zu erkennen, um es entsprechend beobachten und dokumentieren zu können. Da die 942-Einheit eigenständig und flexibel im Demogeschehen agieren kann, hat sie die Möglichkeit, immer auch an Kleingruppen dranzubleiben, die sich z.B. kurzfristig von der Demo lösen. Sollte dann tatsächlich etwas vor den Augen oder den Linsen der 942 passiert sein, was eine Festnahme rechtfertigt, ist es ganz in das Ermessen der Einheit gestellt, wann das läuft. Grundsätzlich wird die Einheit bestrebt sein, nach Beendigung der Demo zuzugreifen. Dazu werden vermeintliche TäterInnen lückenlos observiert, die 942 entscheidet dabei selbständig, auf wen sie sich konzentriert, da es ihnen nicht auf viele Festnahmen sondern auf Festnahmen ankommt, bei denen sie glauben, gerichtsfeste Beweise zu haben. Erfahrungsgemäß ist nach der Auflösung einer Demo die Zugriffsmöglichkeit für die 942-Einheit sehr günstig: weil eben alle glauben, jetzt sei es vorbei, ist die Aufmerksamkeit für polizeiliche Aktivitäten gering. Zudem bieten versprengte Gruppen auf dem Nachhauseweg kaum Schutz gegen eine Festnahmeaktion. Und schließlich kommt hinzu, dass eine Festnahme sogar erst Tage oder Wochen nach der eigentlichen Demo laufen kann, da die 942 ihre Observationen auch über den eigentlichen Tag einer Demo im Bedarfsfall ausdehnt. Ist sich die Einheit z.B. sicher, dass sich eine Person, die sie im Zusammenhang mit einer Demostraftat festnehmen will, im Floraumfeld aufhält, wird sie diesen Bereich entsprechend auch Tage nach einer Demo observieren, um zu einer Festnahme zu kommen.

Die Festnahmen erfolgen in der Regel durch die uniformierten Kräfte der 942, die ziemlich martialisch aussehen, da sie gut gepanzert sind - sie tragen keine



Schutzschilder und sind in der Regel wegen des nicht unbeträchtlichen Anteils von Observationen im Rahmen ihrer Einsatztätigkeit meistens auch vermummt (und werden deswegen oft mit dem MEK verwechselt, siehe dazu ZECK Nr. 96). Nach der Festnahme läuft ein genau entwickeltes Szenario der Beweissicherung ab. Es wurde in Zusammenarbeit mit StaatsanwältInnen und polizeilichen Rechtsexperten in Schulungen entwickelt und soll sicherstellen, dass die 942-BeamtInnen später in einem Gerichtsverfahren eindeutige „Beweise" präsentieren können. Ebenso werden sie auf die Befragung durch AnwältInnen der Beschuldigten vorbereitet, um sich nicht verunsichern zu lassen. Alles in allem soll am Ende eine Verurteilung stehen.

Es gibt gute Chancen sich dem Zugriff von „beweissichernden" Festnahmeeinheiten zu entziehen. Grundsätzlich muss man dabei auf zwei wesentliche Aspekte achten: dem der individuellen Identifizierbarkeit und dem der räumlichen Identifizierbarkeit.

Mit der individuellen Identifizierbarkeit ist die Wiedererkennung von Personen gemeint, die z.B. trotz Vermummung noch während einer Aktion oder aber durch Auswertung von Filmmaterial danach durch die Polizei/Staatsanwaltschaft identifiziert werden können. Dazu muss man sich im Wortsinne vor Augen führen, dass eine Vermummung zwar meist das Gesicht verdeckt, aber damit eine Wiedererkennung anhand anderer körperlicher oder kleidungsbezogener Auffälligkeiten trotzdem möglich ist. Für PolizistInnen bedeutet das, sich auf andere Merkmale zu konzentrieren: dazu gehören z.B. die Schuhe, markante Armbänder, Uhren, Schmuck oder auffällige Gürtel. „Dankbar" ist die Polizei auch jenen Menschen, die zwar ihr Gesicht gewissenhaft verbergen, aber die ganze Zeit eine (markante) Umhängetasche mit sich schleppen oder (auffällige) Aufnäher/Flicken an ihrer Kleidung/Jacke tragen. Auch beim Anlegen und beim Ablegen der Vermummung muss darauf geachtet werden, dass dies nicht unter den Augen der Polizei geschieht. Schließlich wertet die Polizei mittlerweile Demoaufzeichnungen auch computergestützt aus und macht sich dabei die Erkenntnisse der Biometrik („Lehre von der Körpermessung") zunutze. Der Abstand der Augen zueinander ist beispielsweise ein ähnlich einzigartiges körperliches Merkmal wie ein Fingerabdruck, d.h., wer eine „Hasskappe" trägt, kann trotzdem über die sichtbare zumindest im Nachhinein über die sichtbare Augenpartie identifiziert werden. In diesem Zusammenhang ist BrillenträgerInnen besondere Sorgfalt bei der Vermummung nahe zu legen, denn hier ist der Einsatz computergestützter Identifizierung fast überflüssig. Der zweite wesentliche Aspekt des Schutzes vor Festnahmeeinheiten besteht in der Beachtung der „räumlichen Identifizierung". Wenn z.B. immer aus bestimmten Ketten während einer Demo Sprüherein oder Plakatieraktionen laufen, vereinfacht das die Arbeit einer Festnahmeeinheit erheblich, weil sie weiß, auf welchen ketten der Demo sie ihr Hauptaugenmerk zu richten hat. Insbesondere die Aufteilung in Demoblöcke vereinfacht manchmal für die Polizei das Festnahmegeschäft, weil sie ihre Zielpersonen einfacher „wieder finden" können. Deswegen müssen sich z.B. Menschen mit Aufgaben wie Lautsprecherschutz, „1.Ketten" mit besonderer Vorsicht bewegen.

Einen Fehler begeht, wer zwar nach allen Regeln der Kunst vermummt ist, sich aber die ganze Zeit mit unvermummten und gar noch markant-auffällig gekleideten Personen bewegt und dann am besten auch noch mit ihnen zusammen nach Ende der Demo/Aktion selbst unvermummt den Heimweg antritt.

Gleichfalls ungünstig ist die Variante, wenn z.B. zwei auffällig unterschiedlich große Menschen zuerst zusammen vermummt unterwegs sind und dann gemeinsam unvermummt den Ort von Geschehnissen verlassen.

Und leider muss es auch an dieser Stelle geschrieben werden: wer sich denn gar nicht vermummt und sich mit kriminalisierbaren Aktivitäten hervortut, macht es einer Festnahmeeinheit allerdings „sträflich" leicht, zuzugreifen, soweit es ihres Einsatzes dann überhaupt noch bedarf.

Zusammengefasst kann geraten werden: wer sich vermummt, muss darauf achten, auch sonst keine Identifizierungsmöglichkeiten zu liefern. Also keine auffälligen farblichen Elemente an Kleidungsstücken, keine Aufnäher u.ä. tragen, möglichst schlichtes Schuhwerk ohne auffällige Schnürsenkel beispielsweise. Weiterhin ist darauf zu achten, sich in einer Demo ggf. flexibel zu bewegen; wer sich zunächst am Anfang einer Demo bewegt, dann aktiv wird, sollte sich an anderer Stelle wieder einreihen und darauf achten, dass das für observierende Polizeikräfte nicht allzu offensichtlich ist. Schließlich ist es hilfreich, nach dem Ablegen der Vermummung auch andere äußere Erscheinungsmerkmale zu verändern (zwei Jacken übereinander tragen, dunkel gegen hell unauffällig tauschen u.ä.).

Sollte mensch bei aller Vorsicht trotzdem durch eine Festnahmeeinheit abgegriffen werden, gilt selbstverständlich: keine Aussagen, Erklärungen, Schutzbehauptungen, Ausflüchte, auch wenn die Festnahmesituation vermeintlich eindeutig zu sein scheint. Selbst wenn die Polizei vielleicht sogar noch vor Ort/auf der Wache beim Vernehmungsversuch eine Videoaufnahme vorspielt, die einem irgendwie vertraut erscheint, gilt: Schnauze halten, keine Aussagen, denn für alles was es nach einer Festnahme zu tun ist auf unserer Seite gibt es den Ermittlungsausschuss, gute GenossInnen und AnwältInnen!

Harry Klein



Die Infantilisierung der Hamburger Szene

Vom 16. bis 22.8. nahmen in Hamburg mehrere hundert Menschen an dem Camp „Land in Sicht" (LIS) teil. Lange ists her, aber dennoch scheint es angebracht, aus der zeitlichen Distanz ein Resümee zu ziehen.
Die Vorgeschichte des LIS war eine Geschichte voller Zerwürfnisse, Anfeindungen, Missverständnissen – so ganz tief einmal in die Kiste der autonomen Familientragödie gegriffen. Diese Geburtswehen sollen hier nicht noch einmal aufgerollt werden – jedenfalls stand das Camp schon bevor es begann unter keinem guten Stern. Nun sollten Linksradikale keine SterndeuterInnen sein (ein Seitenhieb auf die HoroskopleserInnen der MoPo), die Querelen im Vorfeld schufen aber schon mal einen günstigen Boden für gegenseitiges Misstrauen und legten bei zahlreichen AktivistInnen die Nerven blank, so dass nicht viel Spielraum blieb, innerhalb dessen mensch bereit war aufeinander zuzugehen.

Grob vereinfachend schienen sich bei LIS oftmals zwei ganz gegensätzliche Vorstellungen von linksradikalem Campen gegenüberzustehen : Hier das klassische autonome Aktionscamp, dort der Theoriekongreß. Und im Nachhinein ist unverständlich, warum die zum Kongreß neigende Seite nicht einen solchen organisiert hat – der Arbeitsaufwand wäre wahrscheinlich geringer gewesen, die Zahl der Querelen und Mißverständnisse ganz bestimmt. So aber entstand eine Zwitterform, ein Aktionscamp ohne Aktionen. „Aktionismus" ist ein Schimpfwort, mit dem sich in unseren Reihen niemand gern belegen lässt – der Mangel an vorbereiteten Aktionen, die unseren Protest artikuliert und auf den Punkt gebracht zum Stadtgespräch gemacht hätten war jedoch erschreckend.
Die Grenzcamps der Vergangenheit – auch das diesjährige in Jena- haben genau dies geschafft: Sie waren in der Öffentlichkeit präsent, mancherorts haben sie sogar den Normalzustand aufgebrochen. LIS war, außer in der eigenen Familie, fast nicht existent und hatte für die bürgerliche Öffentlichkeit keinerlei Relevanz. Das ist nicht der Größe der Hansestadt geschuldet, sondern dem Versäumnis, sich vorher zu überlegen wie und wo der hanseatische Rechtspopulismus treffsicher anzugreifen sei. Und das ist geschuldet der zunehmenden Infantilisierung der Hamburger Szene, die glaubt es sei ausreichend **lustig, fantasievoll, bunt und witzig** zu sein, jedenfalls alles andere ist als militant im Sinne von die Verhältnisse mit allen erforderlichen Mitteln angreifend.
Das ist auch der Grund dafür, warum die Hamburger Polizei sich so auffallend zurückhielt – nicht weil die Wasserschutzbullen alles liebe Onkel und Tanten wären, beim Umgang mit blinden Passagieren die im Hafen aufgegriffen werden, zeigt sich z.B auch deren wahre Fratze – die Innenbehörde hatte ganz offensichtlich die zutreffende Einschätzung, dass wir keine Bedrohung darstellten.
LIS stellte sich als Abziehbild Linksradikaler Politik dar, als wirkungsloses Theater.
Einige Aktionen, die während LIS stattfanden, bzw. in der Campzeitung dokumentiert wurden, scheinen vor dem Hintergrund des Camps gelaufen zu sein aber nicht vom Camp aus (anders als in Jena, wo sich eine bunte Menschenmenge aufmachte, um Lothar Späth sehr früh am Tag zuhause aufzusuchen...): Der Besuch eines Nobelrestaurant um gegen den Einsatz von Brechmitteln gegen vermeintliche Dealer zu protestieren, sowie das farbige Kennzeichnen vom Haus des Altnazis Friedrich Engel und vom Flottillenadmiral Hoch in Wilhelmshaven..
Aber leider gingen selbst diese Aktionen in der bürgerlichen Presse mehr oder minder komplett unter... Vielleicht, weil der offensive Charakter dieser Aktionen nicht der Wind war, der auf dem Camp wehte...

Die Erwartungen, die zuvor in die LIS-Tage gesetzt wurden, waren von Mensch zu Mensch und Gruppe zu Gruppe sehr unterschiedlich. Die Einen sahen ein großes Desaster kommen und hofften nur, das Camp möge ohne allzu große Katastrophen vorübergehen. Auf der anderen Seite der Stimmungs-Bandbreite stand die Erwartung, die Tage mögen die desolate Hamburger Szene aus ihrem Dornröschenschlaf wecken und die zersprengten Fraktionen wieder zusammenführen, nebenbei auch noch den Rechtspopulismus angreifen und linksradikale Inhalte in die Hanseatische Öffentlichkeit tragen.
Die Chance war gegeben, mit einigen hundert hochmotivierten PolitaktivistInnen hätten wir in Hamburg eigentlich einiges zum Wackeln bringen können.
Aber leider bewegte sich das Camp politisch auf dem sattsam bekannten Niveau der Hamburger Restlinken: Platzhirsche schwangen große Reden, mehr Sein als Schein, will heißen: Warum den Arsch riskieren bei offensiven Aktionen, wenn mensch durch gekonntes Auftreten im Plenum sich profilieren kann... Statt gegen die herrschenden Verhältnisse wird lieber gegen angebliche autonome Denkverbote (wie Sexualitätsdebatte oder das Ende des Konsensprinzips) gekämpft.

Genug der Pöbeleien, das Camp im Sommer ist leise und erbärmlich gescheitert. Die Chance, die gegeben war, fiel ein halbes Jahr später unverhofft der „Bambule"- Bewegung in den Schoß. Plötzlich waren Linksradikale (??) Stadtgespräch, die Kritik am Rechtspolulismus bzw. seiner Symbolfigur Schill wurde auf die Straße getragen und von der Öffentlichkeit wahrgenommen.
Das aber ist eine andere Geschichte und soll von jemand anders erzählt, oder vielleicht auch kritisiert werden.

Fiete



Dokumentationen aus dem Sommer 2002:

Brechmittel fuer alle - Brechmitteleinsatz in 7-Sterne-Gourmet-Tempel

Aber eines Abends wird ein Getoes sein am Hafen
Und man fragt: Was ist das fuer ein Getoes?
Und man wird mich stehen sehen hinterm Fenster
Und man sagt: Was laechelt die so boes?
Und das Schiff mit acht Segeln
Und mit fuenfzig Kanonen an Bord
Wird beschiessen die Stadt
Meine Herren, da wird Ihr Lachen wohl aufhoeren

Wir haben Samstag nacht das Feinschmeckerrestaurant "Le Canard" mit fuenfzig Kanonen und vier Fäkalieneimern heimgesucht. Der "Gourmettempel" (Hamburger Morgen-post) war bis zu unserer Aktion "ein beliebter Treffpunkt fuer Hamburgs Politik und Wirtschaft" (Hamburger Abendblatt). Auf der "luftigen Veranda" (Michelin-Gourmet) lebte es sich besser als in den stickigen Hauseingaengen von St. Georg. "Kot regnete auf die Teller", schrieb die Hamburger Morgenpost als waere sie dabei-gewesen. BRECHMITTEL FUER ALLE !!! riefen die maskierten KoechInnen und jetzt wissen auch die solventen Feinschmecker des 7-Gaenge-Menues (Heilbuttsteinschrimps an Oktopussalat in einer Tomaten-Pinien-Vinaigrette) ueber die rassistischen und menschenverachtenden Brechmittel-einsaetze in Hamburg Bescheid.
Land Unter ! Weg mit den Brechmitteln - aber hoppla !!!
Kollektiv Le canard enchaine - Enten in Ketten

Besuch beim Henker von Genua - Kundgebung bei Nazi-Kriegsverbrecher Engel, 21.08.2002

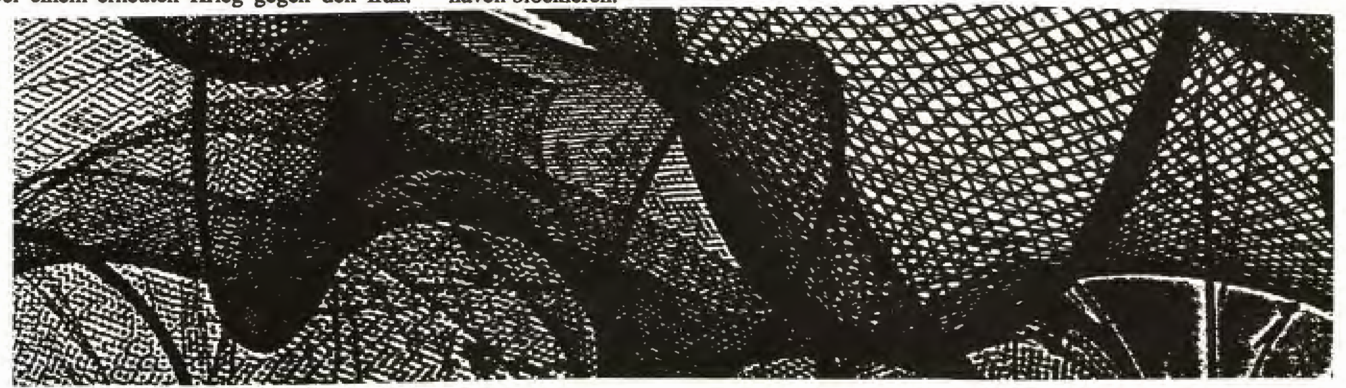
"Tote sind keine anonymen Groessen, sondern Menschen mit Namen und Gesichtern, mit Wünschen und Hoffnungen" (italienischer Widerstandskämpfer)
Wir sind heute hier vor dem Haus des SS-Obersturmbannfuehrer Friedrich Engel. Engel ist ein Mörder, verantwortlich fuer den Tod von mindestens 246 Menschen und ungezählten Genueser Juden und JüdInnen. Obwohl er erst kürzlich von einem Hamburger Gericht zu 7 Jahren Haft wegen 59 fachem Mord verurteilt wurde, wird der rüstige Gartenfreund aus Altersgründen für immer auf freiem Fuß bleiben. Wir grüssen mit unserer Kundgebung die Angehörigen der Ermordeten der Massaker am Turchino-Pass, am Kloster Benedicta und Cravasko. Und wir grüssen die jüdischen Kultusgemeinden in Genua und die Jüdinnen aus Genua in aller Welt. Seit Ende 1943 war Engel tätig als Polizeichef von Genua und befehligte bis Kriegsende alle in Ligurien aktiven Gestapo- und SS-Einheiten. Unter seiner Verantwortung wurden 7000 Juden aus Genua deportiert. Unter seiner Verantwortung und Befehlsgewalt wurden 147 gefangene PartisanInnen in der Nähe des Klosters Benedicta erschossen. Auch die Ermordung von 18 Geiseln in Cravasko im März 1945 geht auf Engels Konto. Die Ermordeten waren Menschen mit Namen und Hoffnungen. Viele der von Engels SS-Schergen Ermordeten, waren Menschen, die an Widerstandsaktionen im Rahmen der italienischen Resistenza beteiligt waren. Für ihre mutigen Taten wurden sie eingesperrt und im Marassi-Gefängnis gefoltert.
Für die Hinrichtungen am Turchino-Pass wählte Engel persönlich sich die Todeskandidaten für die anstehende "Sühnemaßnahme" aus. Die "Teilnahme" am Hinrichtungskommando war freiwillig, auf Anordnung des "Kommandanten Engel" wurden belegte Broetchen und dreißig Flaschen Cognac bei der Exekution serviert. Engel, "eine respektable Erscheinung, Pistole in der Hand, guckte sich das Gemetzel an", so ein Augenzeuge der Hinrichtung vor Gericht. Mindestens ein Opfer, das zunächst nur verletzt gewesen sei, habe Engel selbst erschossen. Engel ist ein Mörder mit vielen Gesichtern. Vorneweg bei der Partisanenbekämpfung in Ligurien, bei Säuberungsaktionen und Vergeltungsmaßnahmen nach Angriffen der Resistenza. Als Polizeichef und SD -Chef von Genua ist er persönlich der Befehlsgeber und Verantwortliche für Folter, Deportationen und Hinrichtungen. Das er überhaupt in Deutschland verurteilt wird, ist der Tatsache geschuldet, das die italienische Öffentlichkeit und Militärjustiz Druck auf die deutsche Justiz verübte und das sich - möglicherweise- die gesellschaftliche Macht der Täter verringert hat. Nach dem Abtreten der berüchtigten Staatsanwälte vom Kaliber eines Klaus Schacht von der Dortmunder Zentralstelle für NS-Kriegsverbrechen, gibt es keine Freispruchgarantie mehr für Mörder und das ist gut so. Trotzdem ist die Begründung für den Urteilsspruch von Hamburg skandalös. Dieses deutsche Gericht legitimiert die Praxis der Deutschen, Tausendfach gefangene Partisanen als Geiseln zu erschießen. Geiselerschießungen seien "völkerrechtliches Gewohnheitsrecht." Sogar Massaker an der Zivilbevoelkerung werden so als "Sühnemaßnahmen und "Vergeltungsaktionen" als legitime Reaktionen auf "ungesetzliche Partisanenaktionen" ausgewiesen. Nur "die Brutalität bei der Hinrichtung" habe die "Humanitätsschranke" durchbrochen und Engel symbolische 7 Jahre eingebracht, die er nicht mal absitzen muß. Für den Mord an den 59 Italienern am Turchino Pass ist das ein günstiges Ergebnis für den ehemaligen SD-Chef von Genua.
Die "kleinen" Mörder in Wehrmachts- und SS- Uniformen brauchen sich bei solch einem Urteil keine Sorgen mehr zu machen. Sie bleiben unbehelligt, sie sind entweder nur Mord- Gehilfen (verjährt) oder gezwungen worden. Die höheren Chargen können sich letztendlich auf den immer noch auf "Führerbefehl" und Befehlsnotstand berufen.
Diesen Kern des Urteils gilt es mit praktischen Initiativen anzugreifen. Kein Vergeben- Kein Vergessen!

Besuch beim Marineadmiral in Wilhelmshaven

Am 19. August 2002 fand vor dem Zuhause eines der ranghöchsten militärischen Führer der Bundeswehrauslandseinsätze, Flotillenadmiral Gottfried Hoch, Ziegelstrasse 26 in Wilhelmshaven, eine kurze heftige Kundgebung statt. Sein Haus und Auto wurden mit Farbe bedacht und demoliert. Hoch führte den grössten Einsatz der Marine seit 1945 an. Im Rahmen der Operation „Enduring Freedom" wurden knapp 1400 Bundeswehrsoldaten am Kapp Horn von Afrika eingesetzt. Seit Januar 2002 patroullieren 3 Fregatten, ein Versorger und ein Tankschiff im südlichen Roten Meer und am Golf von Aden. 5 Schnellboote waren bis Juni im Einsatz. Flankiert wird das Ganze durch Luftüberwachung von Marinefliegern, die in Mombasa stationiert sind. Die Kosten des „deutschen Engagements" belaufen sich auf 500 Mio. Euro.
1991 war die deutsche Marine im Krieg gegen den Irak nicht zum Schuss gekommen und an der Überwachung des Embargos gegen Jugoslawien waren lediglich eine Fregatte und ein Zerstörer beteiligt. Hoch, der bereits als erster deutscher Kommandeur den ständigen Einsatzverband Atlantik der Nato befehligen durfte, wusste also zu würdigen, dass die Marine bei ihrem aktuellen Einsatz endlich mal zeigen könne, wie sie im Ernstfall im geschlossenen Verband auftrete. Zwar gab es bisher keine aufsehenserregende Seegefechte und Siege zu vermelden, die unermüdliche Beobachtungs- und Übungstätigkeit der deutschen Krieger im Kampf gegen die „latente, asymmetrische Bedrohung des Terrorismus" wurde dennoch belohnt. Erstmal durfte die deutsche Marine unter Hoch das Gesamtkommando einer „alliierten Marine Task Force" mit immerhin 45000 Soldaten und Kriegsschiffen übernehmen. Das wiedererstarkte militärische Ansehen Deutschlands wurde ein weiteres Stück aufpoliert, Kriegsmaterial und Krieger konnten unter ungewohnten klimatischen Bedingungen erprobt werden. Aber Hoch war nicht ganz zufrieden: „Wir machen hier am Golf von Aden eine Sisyphusarbeit. Militärische

Operationen sollten schneidiger ablaufen, aber das geht hier nicht." Vielleicht hat Gottfried bald seinen schneidigen Einsatz bei einem erneuten Krieg gegen den Irak. Spätesten dann sollten wieder GenossInnen mit ihm in Kontakt treten, oder die Kriegshäfen Wilhelmshaven, Emden, Cuxhaven blockieren.

Den Militärs und Kriegstreibern keine Ruhe! Deutschen Militarismus und Imperialismus kaputt machen!



Erklärung der Soligruppen aus Quedlinburg und Magdeburg zu den §129a-Verfahren in Sachsen-Anhalt

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,
unsere Freunde Daniel und Marco sitzen im Knast. Am Mittwoch den 27. November 2002 wurden sie festgenommen und ihre Wohnungen und Wohnungen von Angehörigen durchsucht. Durchsuchungen fanden in Magdeburg, Quedlinburg und Berlin statt. Vorgeworfen wird ihnen die Bildung einer terroristischen Vereinigung (§129a) mit dem Namen „Kommando: Für die Freilassung der politischen Gefangenen".

Was steckt dahinter?
Am 18. März diesen Jahres wurden von Unbekannten zwei Brandanschläge in Magdeburg verübt. Einer richtete sich gegen das Gebäude des Landeskriminalamtes, der andere gegen einen Bus des Bundesgrenzschutzes. Die Brandsätze zündeten nicht richtig, es kam nur zu geringen Sachschäden. Später bekannte sich ein „Kommando: Für die Freilassung der politischen Gefangenen" zu den beiden Taten. Das BKA übernahm die Ermittlungen. Nach deren Angaben soll auf einem Postpaket in dem sich einer der Brandsätze befunden habe, ein Fingerabdruck von Daniel gefunden worden sein. Daniel und Marco wurden observiert und rund um die Uhr überwacht. Am Ende stand jetzt ihre Festnahme. Das BKA schlussfolgerte, sie hätten zusammen mit fünf anderen namentlich bekannten Personen, eine terroristische Vereinigung gegründet. Bei den Durchsuchungen wurden Reste von Knallkörpern, eine Flachbatterie und Fahrradglühbirnen mit Fassung und Kabeln gefunden und beschlagnahmt. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof wertete diesen „spektakulären" Fund als „typische Elemente zur Fertigung einer Zündvorrichtung für einen Sprengsatz". Die gesamte juristische Konstruktion der Bullen ist für uns eine Farce.

Wozu der §129a?
Der §129a ist ein Ermittlungsparagraph. Er ermöglicht dem BKA die weitreichendsten Mittel für Ermittlungen einzusetzen. Wie die Erfahrungen mit diesem Paragraph zeigen, werden viele Verfahren nach den oft extrem umfangreichen Ermittlungen, wieder sang- und klanglos eingestellt. Aber der Einblick den sie in linke Strukturen und Projekte gewonnen haben, dieser Erfolg bleibt ihnen. Deshalb wird dieser Vorwurf, der für die Betroffenen im ungünstigsten Fall aber auch viele Jahre Knast bedeuten kann, als politisches Instrument gebraucht. Für uns ist klar: Der §129a und seine neueste Erweiterung der §129b gehören abgeschafft.

Was ist jetzt zu tun?
Wie immer im Falle staatlicher Repression gegen linke Strukturen gilt zu allererst: Klappe halten. Wilde Spekulationen über die Ereignisse helfen niemandem, außer den Bullen. In einem solch krassen Fall von Repression gilt es erst recht Ruhe und einen kühlen Kopf zu bewahren. Wir werden uns nicht unter Druck setzen lassen. Das gilt auch für eventuelle weitere Ermittlungen. Die Überwachung der Szene-Strukturen hört mit den Festnahmen nicht automatisch auf. Vielmehr ist davon auszugehen, dass auch weiterhin Leute massiv überwacht werden. Deshalb ist ein kühler Kopf so wichtig - auch am Telefon. Das gilt ebenso, falls es zu Zeugenvorladungen kommen sollte. Gegenüber den Bullen muß nicht ausgesagt werden. Es kann aber auch zu Vorladungen seitens der Bundesanwaltschaft kommen, in diesem Fall muß mensch hingehen und bei einer Aussageverweigerung mit einem Ordnungsgeld oder im schlimmsten Fall mit Beugehaft rechnen. Deshalb ist es wichtig, daß ihr euch, sollte es zu einer Vorladung seitens der Polizei oder der Bundesanwaltschaft kommen, umgehend bei eurem örtlichen EA oder der Soligruppe meldet. Also Klappe halten und sofort bei uns melden wenn eine Vorladung im Briefkasten liegt.
Schon jetzt fallen immense Kosten an. Hier ist Euer aller Solidarität gefragt. Die Betreuung der Verhafteten und die Kosten der Anwälte sind für uns allein nicht zu finanzieren. Helft uns, spendet, macht Soliparties. Und vergesst die Genossen im Knast nicht. Sie sind per Post erreichbar. Briefe - die natürlich kontrolliert werden - sind zu richten an:

Daniel Winter, bzw. Marco Heinrichs über den
Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstr. 45a
76133 Karlsruhe

Sie sind auf unsere Solidarität angewiesen. Unsere Unterstützungsarbeit steht noch am Anfang, da können wir jede Hilfe brauchen. Gesamelte Soligelder können auf folgendes Konto überwiesen werden:
Konto der Roten Hilfe Magdeburg
Stadtsparkasse Magdeburg
Kontonr. 37151949
BLZ.: 81053272
Verwendungszweck: Soligruppe

E-mail für Mitteilungen und Anfragen an die Soligruppe: 🖂
soligruppe_magdeburg@mail.com

Solidarität mit den Gefangenen, wir wollen keine Welt mit Knast und §129a, sondern Freiheit und ein herrschaftsfreies Leben.

Die UnterstützerInnengruppen aus Quedlinburg und Magdeburg



Same procedure as every year?

Einige Anmerkungen zum Antisemitismusstreit beim Freien Sender Kombinat (FSK) in Hamburg

Über Antisemitismus ist bei FSK oft und heftig gestritten worden. Nach dem letzten großen Streit 2000 wurde es im vergangenen Jahr etwas ruhiger, nun ist durch eine von Mitgliedern des „Koordinationskreis gegen staatlichen Rassismus“ und Mitgliedern von „Forumradio“ produzierte migrantische Sendung der Reihe „Afrika, Asien, Lateinamerika In-Kontakt“ (IK) im April 2002 der Konflikt erneut ausgebrochen. Same procedure as every year? Im Prinzip ja, aber...

Was bisher geschah...

Auslöser des Konfliktes waren Äußerungen eines Vertreters der palästinensischen Community in einem Interview mit einem deutschen Moderator:
„Als eine Synagoge in Düsseldorf von zwei Dummköpfen mit Molotov- oder mit Steinen (ich weiß nicht) angegriffen wurde, hat der Vorsitzende der palästinensischen Gemeinde in Deutschland einen langen Brief an Herrn Spiegel geschrieben, der Vorsitzende, glaube ich, der jüdischen Gemeinde in Deutschland, wofür er sich entschuldigt hat, dass Araber, ich weiß nicht, einer hat sogar einen deutschen Paß, so eine Schandtat gemacht haben. Ich vermisse aber, dass der Herr Spiegel klare Worte gegen die israelische Besatzung, gegen die israelische Ermordung von Zivilisten, gegen die israelische Armeepraxis, (...) [ausspricht].“ „Und ich weiß es nicht, es nützt gar nichts, immer daran festzuhalten: der Holocaust, der Holocaust. Der Holocaust war ein Verbrechen, durch das sechs Millionen Menschen, unschuldige Menschen ermordet wurden. Aber es werden jetzt andere Menschen ermordet. Es wird nicht durch eine Art technisierte Prozedur gemacht wie damals bei den Nazis gegen Juden und die anderen Oppositionellen, aber trotzdem, es werden Menschen ermordet, Land wird besetzt. Für mich gibt es keinen Unterschied zwischen den Kämpfen im Warschauer Ghetto damals gegen die Nazis und die Kämpfe in Djenin oder in irgendeinem anderen Flüchtlingslager in der Gegend. Es sind also Leute, die von einer Übermacht umzingelt sind und die kämpfen um ihr eigenes Überleben ...“ Moderator: „Ja, und auf jeden Fall in beiden Fällen muß man gegen das Unrecht aufstehen und Widerstand leisten.“ (Beide Zitate sind dem Text „Antisemitismus im FSK – Transparenzversuche“ entnommen; www.fsk-hh.org).
Die VerfasserInnen des Papiers „Antisemitismus im FSK – Transparenzversuche“ von Radio Loretta, Stadtteilradio und UniRadio goes Academic Hardcore haben ausführlich dargelegt, dass in den zitierten Passagen nicht nur antisemitische Anschläge verharmlost und jüdische Mitbürgerinnen als Stellvertreter für Israel begriffen werden, sondern vor allem die Singularität der Shoa geleugnet wird (siehe www.fsk-hh.org).
Die AnbieterInnengemeinschaft (AGB, höchstes beschlußfassenden Gremium von FSK) einigte sich darauf hin Anfang Juni mehrheitlich auf eine vierwöchige Aussetzung der IK-Sendungen, damit die Problematik diskutiert werden kann.
Nach dem Aussetzungsbeschluss durch die ABG eskalierte der Konflikt. Zunächst setzte „In-Kontakt“ sich über den Beschluss hinweg und ging erneut auf Sendung, eine Woche später wollten einige FSK-AktivistInnen eine weitere „In-Kontakt“-Sendung durch eine Sitzblockade auf der Studiotreppe verhindern. Sie wurden von einer Gruppe von IK-UnterstützerInnen beschimpft und geschlagen, ein FSK Redakteur wurde von mehreren IK-Unterstützern zusammengeschlagen. Gegen mehrere IK-Mitglieder und UnterstützerInnen wurden daraufhin Hausverbote im FSK ausgesprochen. In einer etwas hilflos wirkenden Erklärung von Radio Loretta, Academic Hardcore und Stadtteilradio wurden 3 Personen, die bei dieser Aktion anwesend waren, namentlich genannt, was mittlerweile in einer erneuten Stellungnahme der drei Radioredaktionen als Fehler reflektiert wurde.
Radio Göçmen und Voz Latina haben aus Protest gegen die aus ihrer Sicht „rassistische Ausgrenzung“ von MigrantInnen im FSK, die sich in den Hausverboten und dem Sendeverbot zeige, ihre Sendungen offiziell eingestellt, senden aber in unregelmäßigen Abständen weiter. Radio St. Paula sendet gegenwärtig als einzige Redaktion nicht. Radio St. Paula kritisiert die zitierten Äußerungen als antisemitisch, sieht allerdings die Eskalation des Konflikts eher in den strukturellen Defiziten von FSK begründet (siehe das Papier „Es lebe die Mehrheit“, www.fsk-hh.org).

Neuer Wein in alten Schläuchen?

Das Einfordern einer inhaltlichen Auseinandersetzung um Antisemitismus in einem linken Projekt ist legitim und notwendig. Vor dem Hintergrund der innerlinken Debatten der letzten Jahre, die dieses Jahr insbesondere in der Berliner Szene weiter eskalierten, ist es kein Zufall, dass es gerade beim Thema Israel/Palästina zu einem solchen Konflikt kommt. Denn nach wie vor wird die Beschäftigung mit Antisemitismus unter Linken von vielen abgeblockt. Wer sich als Linke/r ernsthaft



mit Israel und Palästina beschäftigen will, kommt an einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus nicht vorbei.
Die „offizielle" gesellschaftliche Debatte in Deutschland um die Al-Aksa Intifada ist von offen antisemitischen Ressentiments bis hin zu antisemitischen Übergriffen und Anschlägen geprägt. Zudem wird das Thema im Wahlkampf gezielt dazu genutzt, diese Ressentiments für eine eigene Profilierung zu mobilisieren, und dies nicht nur von Blüm, Möllemann und Karsli. Diese Entwicklung zu bekämpfen, ist eine wichtige Aufgabe der radikalen Linken in Deutschland.
Ein Verständnis und eine Analyse des Konfliktes in Israel/Palästina ist ohne eine Auseinandersetzung mit der Shoa und der Geschichte des Antisemitismus nicht ausreichend, insbesondere vor dem Hintergrund der Geschichte des linken „Antizionismus".
In der schon fast ritualhaften Abwehr dieser Auseinandersetzung in bestimmten politischen Kreisen wird immer öfter mit beleidigtem Gestus versucht, die inhaltliche Kritik als Vorwand zu denunzieren, die eigene Position mundtot machen zu wollen. Dabei beschränkt sich die Argumentation oft darauf, als „Linke/r" und Antifaschist/in überhaupt „nicht antisemitisch sein" zu können, was kompletter Unsinn ist. So würde heute zum Beispiel keine/r mehr abstreiten, dass linke Männer durchaus sexistische Gewalt ausüben können und es auch immer wieder tun, oder dass linke Menschen rassistische Ausgrenzungsstrukturen reproduzieren. Warum sollte nun allein ein Selbstverständnis als „radikale/r Linke/r" dazu führen, mit gesellschaftlich vermittelten antisemitischen Mustern nichts zu tun haben zu können?
Diese Strategie des Umgangs mit Konflikten, die Verweigerung einer inhaltlichen Debatte, ist wohlbekannt und wenig hilfreich für eine Klärung der offenen Fragen. Dies gilt auch für die in der Auseinandersetzung erhobenen Zensurvorwürfe. Der Aussetzungsbeschluss der ABG ist in den Augen der kritisierten Redaktionen Zensur politisch unliebsamer Positionen. Das ist albern und scheinheilig und führt zu einer Verwässerung des Zensur-Begriffes. Die Zensurvorwürfe sind fast so alt wie FSK selbst und werden in aller Regel aus Mangel an politischen Argumenten erhoben.
Um nicht über Antisemitismus in der Linken reden zu müssen, werden jetzt erneut Zensurvorwürfe gegen die FSK-Mehrheit vorgebracht: „Radio Maulkorb" lautete etwa eine Artikelüberschrift zum Konflikt von Birgit Gärtner in der „jungen Welt" vom 6. Juli. Ihr Text erschien auch in den „Lokalberichten Hamburg" (Nr.14, 11.07.2002). Der eigentliche Anlaß für den Konflikt wird dort zur Nebensache. Thema ist die Stilisierung der IK Sendegruppe zu Opfern antinationaler Zensur. Nebenbei bemerkt: Sich über innerlinke Zensur in der „jungen Welt" aufzuregen, aus der 1997 von der Geschäftsführung dreiviertel der Redaktion rausgeschmissen wurden, weil sie für antinationale und nicht für traditionslinke Positionen eintraten, ist ein wenig absurd.



Aber auch dort, wo das politische Umfeld von IK in Hamburg dominiert, sind antinationale Linke unerwünscht: Das linke Zentrum B 5 in der Brigittenstraße, in dem sich antiimperialistische, internationalistische Traditionslinke und auch der antirassistische Koordinationskreis treffen, aus dem einige RedakteurInnen der IK Sendegruppe kommen, bietet keineswegs allen linksradikalen Strömungen ein Forum. Im Gegenteil. Einige linksradikale (antinationale) Gruppen etwa sind explizit „unerwünscht in der B 5" und es wurden in der Vergangenheit Plakate abgenommen, weil auf ihnen zur Solidarität mit Israel aufgerufen wurde.
So sind die vermeintlichen Zensuropfer an anderer Stelle ihrerseits auch nicht eben zimperlich, wenn es darum geht, unliebsamen Positionen das Wasser abzugraben.
FSK wäre ein anderer Radiosender, wenn die politischen FreundInnen von IK dort die Mehrheit hätten. In aller Deutlichkeit vorgetragen wurde dies bei einer ihrer Protestkundgebungen auf dem Hamburger Schulterblatt gegen die FSK-Mehrheit. Ein deutscher Redakteur von IK erklärte in einer Rede, bei FSK gäbe es Leute, die Israel unterstützen. Diese Leute müssten isoliert und entmachtet werden, damit wieder linke Politik gemacht werden könne.

Gewalt unter Linken

Während die Strategien der Abwehr einer Auseinandersetzung wohlbekannt erscheinen, weisen die Formen der Austragung des Konflikts durchaus neue Qualitäten auf. Politische Widersprüche gewalttätig auszutragen ist der Abschied von jeglicher aufklärerischen Tendenz. Wer das Faustrecht nutzt, will nicht überzeugen, sondern einschüchtern und besiegen.
Dennoch war das öffentliche, namentliche Outing von Beteiligten durch Teile der ABG ein Fehler. Personen, die sich als Linke verstehen, können daraus Nachteile entstehen bis hin zu staatlicher Repression. JedeR sollte selbst entscheiden, ob sie/er öffentlich mit dem eigenen Namen für etwas einstehen will oder nicht. Namensouting ist ein Druckmittel, das gegen Spitzel, Nazis und Vergewaltiger angewandt wird, aber nicht im Meinungsstreit unter Linken.
Stattdessen sollten in solchen Fällen die politischen Gruppen in die Verantwortung genommen werden, von deren Mitgliedern die Prügelei ausgegangen oder unterstützt worden ist. Mit Gruppen, die sich von



solchen Auseinandersetzungsformen nicht distanzieren, sehen wir keinerlei Basis für eine Zusammenarbeit, nicht bei FSK und auch nicht anderswo.
Von Seiten der FSK-Mehrheit gibt es mittlerweile eine Selbstkritik am Namensouting. Auch die „Zeck", Info des linken Stadtteilzentrums Rote Flora, welche die Erklärung mit den Namen abdruckte, veröffentlichte als Flugblatt „eine vernichtende Selbstkritik", und verordnete sich eine Auszeit von drei Monaten, um sich zu reorganisieren. Ein weiteres nebenbei: wir hoffen inständig, dass dies von der Zeck-Redaktion nicht zum Anlaß genommen wird, ihre unverzichtbare Arbeit einzustellen.
Was fehlt, ist die Selbstkritik von IK und FreundInnen. Stattdessen bemühte einer der drei in der FSK-Erklärung Geouteten eine linke Anwältin, um es der FSK-Mehrheit juristisch untersagen zu lassen, die Namen in der Erklärung zu nennen. Statt auf den Versuch einer Klärung unter Linken setzte diese Person lieber gleich auf die Mittel der bürgerlichen Justiz.

Antisemitismus oder Rassismus

Im aktuellen Konflikt verweisen IK, Forum-Radio, Voz Latina und Radio Göçmen nun ihrerseits darauf, dass der Kern des Konflikts ihrer Meinung nach ein rassistisch motivierter Ausgrenzungsversuch durch die FSK-Mehrheit sei. Sie verlangen unter anderem eine Auseinandersetzung in und um FSK zu diesem Problem. Auch diese Forderung besonders innerhalb eines linken Projektes ist legitim. MigrantInnen sind in Deutschland täglich mit rassistischer Ausgrenzung konfrontiert, und auch linke Projekte konstituieren sich nicht jenseits gesellschaftlicher Verhältnisse. Somit können auch bei FSK interne Prozesse rassistische Diskriminierung reproduzieren. Die Erklärungen und Anschuldigungen von IK und anderen halten wir aber in diesem Konflikt für vorgeschoben. Sie bestätigen unseren Eindruck, dass es bei IK, Forum-Radio und ihrem politischen Umfeld kein Interesse gibt, sich der inhaltlichen Kritik zu stellen.

Einige Mitglieder von Stadtteilradio, Academic Hardcore und Radio Loretta haben in einer „Antwort auf das Papier: 'Rassismus im Freien Sender Kombinat' von Voz Latina und Radio Göçmen vom 16.7.2002“ treffend einen falsch verstandenen Antirassismus kritisiert, der durch eine kritiklose Zustimmung zu migrantischen Äußerungen und Forderungen jegliche emanzipative Substanz verliert. „Kritik ist“, so schreiben die VerfasserInnen, „aber keine Praxis, die sich über jemanden stellt, sondern neben jemanden, eine Praxis, die den anderen ernst nimmt und deshalb notwendig zu einer und in eine Diskussion um emanzipatorische Politik gehört. Antirassistische Praxis kann nicht sein, die anderen als die Anderen zu konstruieren und sie auf Grund ihres „Andersseins“ nicht zu kritisieren. Vielmehr muss eine antirassistische Praxis eine Praxis der gegenseitigen Kritik und Auseinandersetzung sein. Es ist nicht emanzipatorisch, rassistische, sexistische, antisemitische oder heterosexistische Inhalte auf Grund einer falsch verstanden Solidarität nicht zu thematisieren. Dies reproduziert nur diese Formen der Ausgrenzung auf mehren Ebenen.“ (www.fsk-hh.org)

Zerfall durch Polarisierung

Aus unserer Sicht ist diese Entwicklung der Ausdruck eines schon länger stattfindenden Zerfallsprozesses der radikalen Linken, die sich unter dem Druck ihrer gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit und aufgrund ihrer eigenen Kommunikationsunfähigkeit selbst zerfleischt. An diesem Prozess waren in den letzten Jahren zwei Fraktionen maßgeblich beteiligt, die sich durch das permanente Insistieren auf Polarisierungen, Polemiken und Abgrenzungen bei der Zerstörung einer emanzipativen Linken besonders hervorgetan haben.

Auf der einen Seite finden wir Teile der klassischen antiimperialistischen Soliszene, deren ProtagonistInnen sich durch ihr Desinteresse an inhaltlicher Auseinandersetzung auszeichnen. Das verbindet sich mit einem um so krampfhafteren Klammern an alte Wahrheiten, deren Erklärungskraft sich längst erschöpft hat. Es ist immer wieder ernüchternd, festzustellen, dass viele Beiträge, Positionen und politische Initiativen von sich als internationalistisch verstehenden Linken vor allem dadurch glänzen, dass sie Veränderungen und Entwicklungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der politischen Rahmenbedingungen konsequent ignorieren. In den Verlautbarungen der „klassischen“ Soliszene zum Krieg in Israel/Palästina beispielsweise tauchen die qualitativen Veränderungen der palästinensischen „Nationalbewegung“ nicht auf. In dieser spielen inzwischen radikalislamistische Gruppierungen wie Hamas und Djihad eine dominierende Rolle, die mit linken oder emanzipatorischen Ideen nichts zu tun haben. Das Kampfbündnis mit diesen Gruppen wie auch die strategischen Ziele der sogenannten Al-Aksa-Intifada sind kein Thema kritischer Reflexion. „Palästina, Dein Volk wird Dich von Juden befreien...“
Auch scheinen alle Diskussionen um die Leerstellen internationalistischer Solidaritätsarbeit an manchen völlig vorbeizugehen. Die allgemeine Entwicklung nationaler Befreiungskämpfe hin zu rein volksbezogenen Bewegungen werden genauso ausgeblendet wie die Funktionalisierung dieser Bewegungen als Projektionsfläche für revolutionäre Traumreisen einer ohnmächtigen und bedeutungslosen Metropolenlinken. Statt dessen wird an alten Schwarz-Weiß-Schemata festgehalten und der Versuch kritischer Reflexion als Entsolidarisierung denunziert. Dies nützt internationalistischer Arbeit am wenigsten.

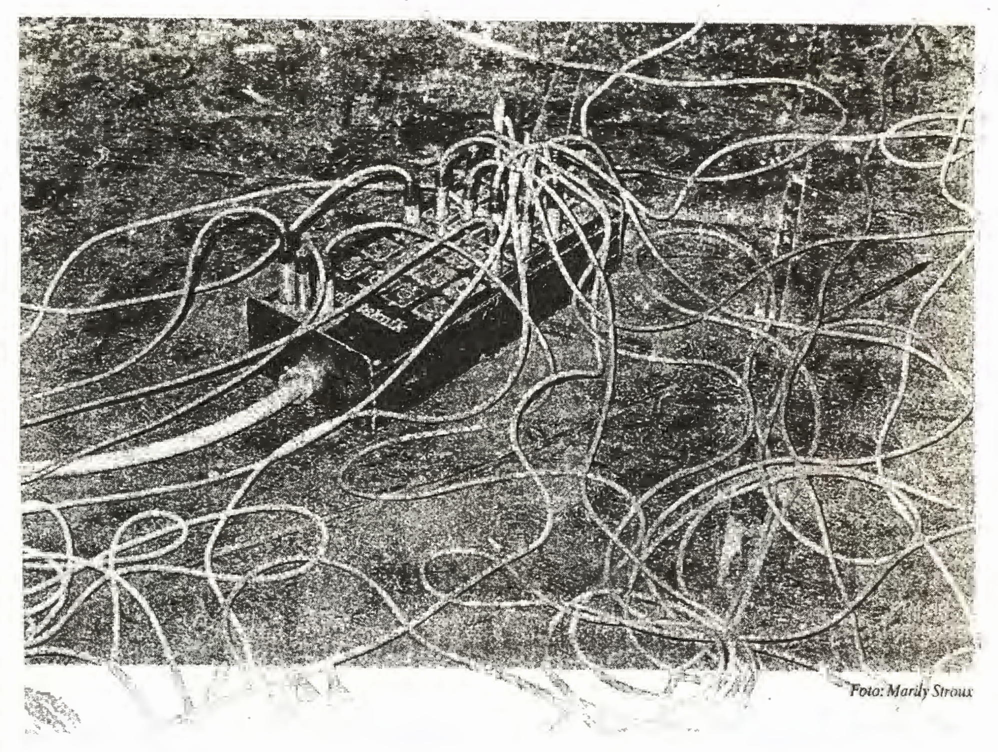


Auf der andere Seite sind einige ehemals antideutsche Linke nur noch damit beschäftigt, sich auf Kosten ihrer GenossInnen das Rückfahrticket in den Schoß der Metropolengesellschaft zu sichern. Diese sich selbst als radikale KritikerInnen der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland dünkenden Linken sind selbst zu einem Teil des rassistischen Mainstreams geworden. Ihr Beharren, sich weiter kritisch auf die geschmähte Linke zu beziehen, hat scheinbar nur noch den Hintergrund, ohne diese Linke beschäftigungslos zu sein. Schließlich werden sie trotz aller Solidaritätsbekundungen mit der Kriegstreiberei der imperialistischen Regierungen in Westeuropa und den USA noch nicht mal dazu gebraucht, als deren Bündnispartner im Kampf gegen „die Achse des Bösen“ eine potenzielle Opposition zu neutralisieren.
Während sich diese beiden zahlenmäßig eher marginalen Fraktionen inhaltlich exponieren und dadurch linke Debatten und linke Streitkultur beeinflussen, verhält sich eine breite Mehrheit politisch interessierter und aktiver Menschen eher indifferent. Inhaltliche Beliebigkeit ist eine verbreitete Grundhaltung in politischen Auseinandersetzungen geworden. Dies spitzt politische Kontroversen auf die Positionen der Exponiertesten zu und mißt Aussagen sektiererischer Gruppierungen eine Bedeutung bei, die sie real nicht haben.
Unser Eindruck ist, dass die Eskalation der Auseinandersetzung im FSK viel mit Reflexen auf diese Konstellationen zu tun hat. Kritik wird schnell personifiziert, Personen in Schubladen gesteckt. Aus den vorangegangenen Auseinandersetzungen und Konflikten hat sich offensichtlich nichts entwickelt, jede Kritik am Antisemitismus unter Linken scheint an Ignoranz und vermeintlicher Nichtigkeit abzuperlen. Und dies nicht nur bei IK, sondern auch bei weiten Teilen von Forum-Radio. Das mag im Alltag des allgemeinen Nebeneinanders im FSK eine Zeit lang verborgen bleiben, fällt einem so heterogenen Projekt aber in dieser zugespitzten Situation um so mehr auf die Füße, und damit der radikalen Linken in Hamburg allgemein.
„Freies“ Radio existiert nicht jenseits gesellschaftlicher Verhältnisse und Widersprüche. „Freiheit“ bedeutet in diesem Sinne nicht mehr und nicht weniger als frei von Setzungen bürgerlicher Sichtweisen und setzt aber gleichzeitig ein hohes Maß an Reflexion und emanzipativer Streitkultur voraus. Die gegenwärtigen Formen der Auseinandersetzung bzw. der Verweigerung von Debatten sind zutiefst bürgerlich und haben in einem „Freien“ Radio keinen Platz.

gruppe demontage, August 2002
www.demontage.org

Bleiberecht für Roma!

50.000 Roma sind von Abschiebung nach Ex-Jugoslawien bedroht, wo sie niemand will, wo ihnen Armut, Hunger und Verfolgung drohen. Seit Monaten protestieren Tausende von ihnen verzweifelt in ganz Deutschland. Der traurige Höhepunkt wurde in der vergangenen Woche *[Text ist von Anfang Dezember]* erreicht: ein Familienvater übergoss sich am 22.November in der Ausländerbehörde in Syke mit Benzin, zündete sich an und verstarb am folgenden Tag in der Uniklinik Hannover. Die Innenminister von CDU und SPD weigern sich noch immer, ihnen Bleiberecht zu gewähren!
Hunderte von ihnen leben seit einem halben Jahr in einem Zeltlager in Düsseldorf *[zum Abbruch des Zeltlagers siehe unten]* um mit dieser Dauerdemonstration auf ihre hoffnungslose Lage aufmerksam zu machen. Beim Grünen-Parteitag Ende Oktober wollten sie nach Bremen kommen *[zur Innenministerkonferenz Anfang Dezember]* um gegen ihre Abschiebung zu protestieren. Statt sie anzuhören, schickte man ihnen die Polizei, die sie daran hinderte, ihr Camp zu verlassen. Die schließlich doch noch empfangenen Delegierten wurden mit warmen Worten des Bedauerns bedacht, der schwarze Peter *[??, d.Setzer]* wurde der CDU zugeschoben, ihre Ablehnung mache einen Abschiebestop unmöglich, Hoffnung sei daher nicht angebracht.
Dies hat auch der 34-jährige Milos Redepovic aus Syke immer wieder von den Angestellten der Behörden zu hören bekommen, wenn er um eine Asrbeitserlaubnis gebeten hat. Sie ließen ihn nie im Zweifel darüber, dass er hier keine Zukunft haben sollte. In Jugoslawien aber sah er erst recht keine und brachte sich schließlich um. Die Familie, seine Frau und fünf Kinder, lebt seit 1992 in Deutschland, ihr Asylantrag wurde abgelehnt, sie sollen - wie alle serbischen Roma – in den nächsten Wochen abgeschoben werden.
Die Zustände, unter denen Roma in Ex-Jugoslawien leben, sind katastrophal. Sie werden dort systematisch von Staat und Gesellschaft ausgeschlossen, haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung, bekomnmen keine Arbeit, keine Wohnung, leben in Lagern oder auf der Strasse. Notunterkünfte sind praktisch nicht vorhanden, so dass viele von ihnen in Pappkartons oder unter Brücken hausen. Rassistische Übergriffe auf sie sind an der Tagesordnung, die Polizei schützt sie nicht.
In den vergangenen zwei Wochen besetzten Roma die Büros der Grünen in Düsseldorf und der PDS in Berlin, um die Parteien aufzufordern, ihren Einfluss auf ihre Koalitionspartner geltend zu machen. Erstmalig stellte dort der Berliner Innensenator Körting in Aussicht, bei der Innenministerkonferenz eine Altfallregelung durchsetzen zu können. Sogenannte Straftäter, Kinderlose und Menschen, die nach dem 1.7.96 eingereist sind, sollen hiervon aber ausgenommen werden. Ob seine Kollegen dem zustimmen ist offen *[Es besteht jetzt nur ein vorübergehender Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo in NRW und Berlin bis zum 31.März 2003]*.
Der Krieg auf dem Balkan trieb die Roma nach Deutschland, nach Jahren der Ungewissheit sollen sie zurück in Elend, Armut, Tod. Die Antwort darauf kann nur lauten:
Bleiberecht – sofort und für alle! Abschiebung ist Mord!


Foto: Marily Stroux

Beendigung des Düsseldorfer Roma-Camps - Kampf für Bleiberecht geht weiter

20.12.2002
Zur Beendigung des Düsseldorfer Roma-Camps und zu weiteren Aktionen erklärt Erika Bosch für den Kreis der Unterstützerinnen und Unterstützer:
„Mit dem Ende des Camps ist keinesfalls ein Ende unserer Unterstützung der Roma verbunden. Wir werden weiterhin für ein Bleiberecht kämpfen und mit den Roma gemeinsam neue Aktionsformen entwickeln.
Aktuell erinnern wir daran, dass PolitikerInnen der GRÜNEN versprochen hatten, noch im Dezember nach Jugoslawien zu reisen, die dortige Situation mit dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes abzugleichen und sich für eine entsprechende Anpassung des Berichts - auf dessen Grundlage Abschiebungen durchaus ausgesetzt werden könnten - einzusetzen.
Wir werden genauestens beobachten, ob diese Versprechungen eingehalten werden. Für das Frühjahr war zudem seitens der GRÜNEN verbindlich und seitens der SPD vage die Unterstützung einer Konferenz zur Lage der Roma ausgesprochen worden. Diese Konferenz soll in Düsseldorf stattfinden, und wir werden mit unserem Teil der Vorbereitungen beginnen. Wir sind froh darüber, dass durch die Initiativen von politischen und humanitären UnterstützerInnen des Kampfs um das Bleiberecht eine Lösung gefunden wurde, die es den seit über acht Monaten demonstrierenden Roma ermöglicht, neue Kraft zu schöpfen, sich zu erholen und weitere Aktionen zu planen. „

Mehr Infos unter www.krit.de/roma



Gegen den deutschen und US-amerikanischen Imperialismus!

Der US-Imperialismus bereiten zur Zeit einen Krieg gegen den Irak vor. Dagegen regt sich in den USA, Europa und den drei Kontinenten Wiederstand. Das ist gut so.
Ein wesentliches Problem bei der Kritik an der US-Kriegspolitik ist jedoch, da? Der deutsche Imperialismus von der Friedensbewegung hierzulande nur am Rande beachtet wird.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Gründe des geplanten US-Krieges gegen den Irak:

- Die USA wollen die Schwächung des Iraks als regionalimperialistische Macht. Der Irak Saddam Husseins hatte zwar in den achtziger Jahren gemeinsame Intressen mit den USA (die Bekämpfung Irans), aber die USA mußten feststellen, daß es sich hier um einen äußerst eigenwilligen Staat handelt, der manchmal auch gegen die Interessen der USA vorgeht (Kuwait-Invasion).
- Als zweiter Grund tritt hinzu, daß ein US-besetzter Irak ein Exempel für die Region darstellen würde, ein deutliches Warnsignal zum Beispiel an Saudi-Arabien. In Teilen der herrschenden Klasse dieses Staates gibt es zunehmend US-kritische, islamistische Töne zu hören. Saudi-Arabien erwies sich auch durch die Verstrickung einer Anzahl seiner Bürger in der El-Quaida Netzwerk, als zunehmend unsicher Verbündeter.
- Der dritte Grund ist recht simpel: Das irakische Öl. Auf dem Staatsgebiet des Iraks lagern die dritgrößten Ölreserven der Welt. Diese wollen die USA unter ihre unmitterlbare Kontrolle bringen.
- Frankreich und Deutschland pflegen wesentlich bessere Wirtschaftsbeziehungen zum Irak und zu anderen nah- und mittelöstlichen Staaten (zum Beispiel zum Iran und zu Libyen). Eine US-amerikanische Besetzung des Irak würde auch die lästigen imperialistischen Mitbewerber vom irakischen Öl und vom irakischen Markt fernhalten.
- Ein besetzter Irak würde ein US-amerikanisches Bollwerk in der Region darstellen, durch welches die umfassende Kontrolle des mittleren Ostens möglich wäre. Dies wäre ein idealer Aufmrschplatz gegen den Iran. Damit wäre Iran vom Osten (Afghanistan) und Westen (Irak) von den US-Imperialisten umgeben.

Deutschland ist keine Friedensmacht, sondern ein imperialistischer Staat!

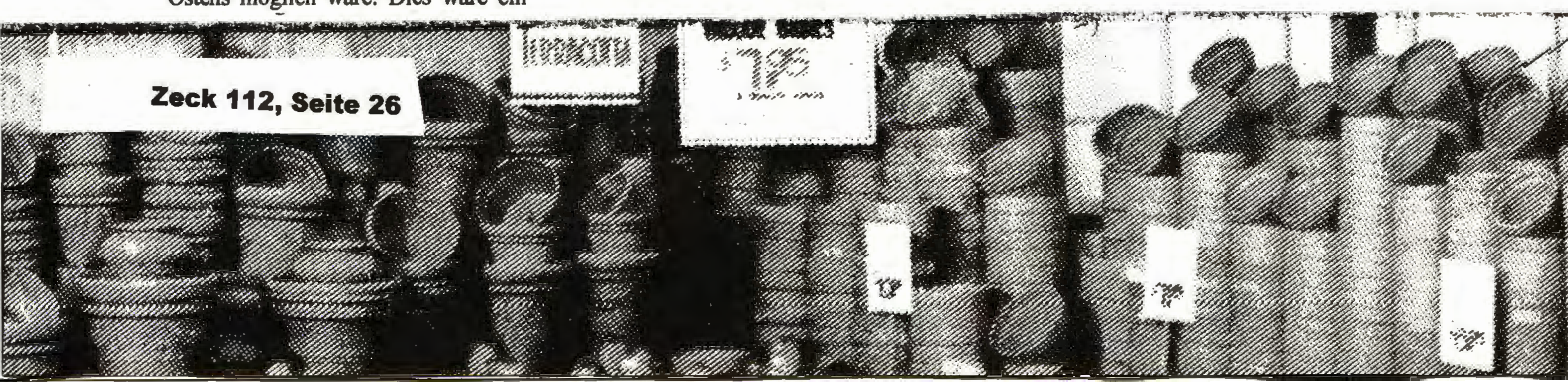
Der deutsche Imperialismus hat gewichtige Interessen in der nah- und mittelöstlichen Region, diese veranlassen ihn dazu, zur Zeit die US-amerikanische Kriegspolitik zu kritisieren:

- Der deutsche Imperialismus setzt viele Waren auf den arabischen und iranischen Märkten ab. Schon jetzt ist die EU der wichtigste Handelspartner dieser Region.
- Der US-amerikanischen Konkurrenz sollen die irakischen Ölquellen nicht überlasen werden. Ein vom US-Embargo befreiter, nichtbesetzter Irak wäre ein zuverlässiger Öllieferant für die EU.
- Der deutsch-französisch geführten EU ist die Expansion der USA in Richtung Kaukasus und damit in Richtung der mittelasiatischen Gas- und Ölreserven ein Dorn im Auge. Nicht umsonst war seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine eifrige Reisediplomatie der deutschen Regierung in Rußland, den kaukasischen und mittelasiatischenb Staaten unterwegs.
- Die derzeitige Us-kritische Rhetorik der deutschen und französischen Regierung bereitet die Bevölkerung auf zunehmende Auseinandersetzungen zwischen den USA und der EU vor.Gleichzeitig läßt sich mit populistischen Friedensgerede so manche Wahl gewinnen.

Wir möchten die antiimperialische Bewegung davor warnen, den deutschen Imperialismus zu unterschätzen. Seit der Annexion der DDR wird die deutsche Kapitalistenklasse wieder frecher und streckt ihre Finger wieder in die Regionen aus, die seit dem 19.Jahrhundert in Ihrem Visier liegen: Nach Osteuropa, dem Balkan und dem Nahen und Mittleren Osten.
Deutsche Konzerne waren die Vorreiter bei der kapitalistischen Zurichtung Ungarns, Tschechiens, Polens und vieler anderer osteuropäischer Staaten. Die deutsche Außenpolitik war einer der Hauptverantwortlichen für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens (Genschers Unterstützung der Lostrennung Sloweniens und Kroatiens).
Die derzeitige schon fast pazifistisch anmutende Friedensrhetorik der deutschen Regierung sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß deutsche Regierungen (egal ob rot-grün oder schwarz-gelb) keine Skrupel haben, militärische Gewalt anzuwenden, wenn es um ihre eigenen wirtschafftlichen Interessen geht.
Die Beteiligung Deutschlands an der imperialistischen Befriedeigung Somalias, der Bombardierung Jugoslawiens und der Besetzung Afghanistans sprechen für sich. Derzeit sind rund 50.000 deutsche Soldaten im Ausland stationiert, um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten für die deutsche Kapitalistenklasse zu sichern.
Langfristig gesehen geht es der deutsch-französisch geführteb EU darum, Rußland und Staaten des Nahen/Mittleren Ostens dauerhaft an sich binden und mit Rohstofflieferanten dem Mitkonkurrenten USA Paroli zu bieten.
Die Folgen dieser Politik sind nicht nur fatal für die Bewohner Osteuropas, Asiens und des Mittleren/Nahen Ostens, sondern auch für die Lohnabhängigen in der EU. In der Zurichtung der Gesellschaften für den imperialistischen Wettkampf werden auch in den kapitalistischen Führrungsstaaten wie Deutschland die Tarifsysteme durchlöchert, Löhne gekürzt, soziale Sicherungssysteme zerstört und eune totale Durchkapitalisierung vorgenommen. Gleichzeitig wird durch die Repression gegen die politische und soziale Opposition mittels staatlichem Repression wie in Genua und München (bei der NATO-Tagung) die erwünschte Friedhofsruhe hergestellt. Es geht also darum, nicht nur den US-amerikanischen Imperialismus zu kritisieren, sondern zu begreifen, daß wir uns auf dem Boden eines imperialistischen Staates befinden, der sehr aggressive Absichten hat!

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!
Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland!
Bundeswehr abschaffen!
Stop aller Waffenexporte!
Kapitalismus abschaffen - Für die klassenlose Gesellschaft!

AG/R
Anarchsitische Gruppe/Rätekommunisten
www.agr.de.vu
agr@nadir.org



Neuerscheinung:

Lenz / Schmidt / von Wrochem (Hg.)

Erinnerungskulturen im Dialog.

Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit

29 AutorInnen aus Deutschland, Dänemark, Norwegen, Polen und Frankreich diskutieren die Frage, wie es angesichts der zeitlichen Distanz gelingen kann, die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus lebendig zu halten und zukunftsweisende Wege des Gedenkens und Erinnerns in der Erwachsenen- und Jugendbildung, in Gedenkstätten, in Museen und in Schulen zu finden.

Erinnerungskulturen entwerfen immer eine nachträglich konstruierte Sicht auf Vergangenheit, wobei diese Vergangenheitsbezüge gleichzeitig eine unabdingbare Grundlage für kulturelle Identität und die Stabilität eines politischen Gemeinwesens sind. Theoretische Beiträge, konzeptionelle Ansätze und Praxiserfahrungen zeigen in dem Band die Breite der europäischen Diskussion auf.

Aus dem Inhalt:

Gilzmer: Zwischen Mythos, Trauma und Tabu – Französische Vergangenheitsbewältigung nach 1945
Ziesing: Polnische Erinnerungskultur und die Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit
Messerschmidt: Erinnerung jenseits nationaler Identitätsstiftung
Scheer: ‚Ewiges Gedenken' im Wandel ▌Talu: Historisch-politische Bildung aus MigrantInnensicht
Mit Fotografien aus der Ausstellung „Andenken - Gedenken" der Hamburger Fotografin Gesa Becher

Claudia Lenz; Jens Schmidt; Oliver von Wrochem (Hg.): Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit, reihe antifaschistischer texte / UNRAST Verlag, Hamburg 2002. (ISBN 3-89771-811-1, 20,00 €)

Floraprogramm Januar 2003

Samstag, 4.01., 22 Uhr

Die schwule Baustelle läd ein zum queeren Tanztreiben

Dienstag, 7.01., 18-23 Uhr

Dubcafe – Black famous sound

Samstag, 11.01., 21 Uhr



hc/punk/metal/mosh/crust-Konzert:
Asebia (HC/Punk aus Kopenhagen –ex paragraf 19)
Battle Rojal (metal/mosh aus Berlin)
Instinct of Survival (death/crust aus Hamburg)

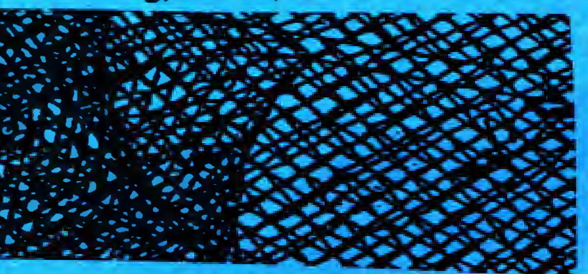
Montag, 13.01., 21 Uhr

hc-Konzert:
Rambo (fastcore aus USA)

Dienstag, 14.01., 18-23 Uhr

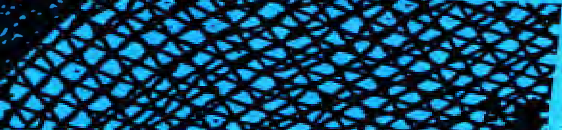
Dubcafe – Irie Community

Samstag, 18.01., 22 Uhr



„Kein Mensch ist illegal" Solikonzert und -party auf zwei Ebenen für das „Cafe Exil";
Halle: live HipHop mit Diebe der Zeit/ Captain Gibs, Mind Travellers, Bender und anschließend DJ's.
Keller: Reggae, Roots, Dancehall, Dub mit SteppinWarriorSound und vielen Spezialgästen.

Dienstag, 21.01., 21 Uhr



Auftaktkonzert im Rahmen der Kampagne „Regierung stürzen – let the music play. Konzertereihe gegen Rechtspopulismus"
Tocotronic und **Parole Trixie**

Freitag, 24.01., 23 Uhr

Reggaekellerclub e.V.

Dienstag, 28.01., 18-23 Uhr

Dubcafe – Ital Acoustic

Freitag, 31.01., 23 Uhr



„Revolution Tax", Radical Riddims against war and authoritarian Leadership.
Silly Walks Release of the new 7" Single "Leaders". Silly Walks Movement

Montag	Kochsession veganes esses Offene Motorradwerkstatt- schrauben und klönen	ab 19 Uhr ab 17 Uhr
Montag/ Donnerstag	Fahrrad Selbsthilfe Werstatt Archiv der sozialen Bewegungen, Telefon: 433007	18:30 – 21 Uhr 17 – 20 Uhr
Dienstag	Dubcafe	18 – 23 Uhr
Mittwoch	„Wie es euch gefällt – cafe"	19 Uhr
Donnerstag	Anti-Castor-Café, 2. + 4. Donnerstag im Monat Kollektiv veganes essen, 1. + 3. Donnerstag im Monat	ab 19:30 Uhr ab 19 Uhr
Samstag	1. Samstag im Monat: Frühstück	ab 12 Uhr
Sonntag	Cafe Niemandsland, richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen	ab 17 Uhr